



**POLIZEI**  
**BERLIN**



Lagedarstellung  
Politisch motivierte Kriminalität  
in Berlin  
2015

Herausgeber:  
Der Polizeipräsident in Berlin  
Landeskriminalamt  
Platz der Luftbrücke 6  
12101 Berlin  
Tel.: 030/4664-0  
030/4664-904090  
Fax: 030/4664-82 29 51 10  
E-Mail: [pressestelle@polizei.berlin.de](mailto:pressestelle@polizei.berlin.de)  
Internet: [www.polizei.berlin.de](http://www.polizei.berlin.de)

### Entwicklung der Fallzahlen im Überblick

Gesamtaufkommen	2014	2015	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	3897	3770	➔
PMK - rechts	1560	1655	↗
PMK - links	1373	1059	↘
PM-Ausländerkriminalität	336	282	↘
Sonstige/Nicht zuzuordnen	628	774	↗

Gewaltdelikte	2014	2015	Veränderung
Politisch motivierte Kriminalität	796	693	↘
PMK - rechts	108	143	↗
PMK - links	496	361	↘
PM-Ausländerkriminalität	81	77	↘
Sonstige/Nicht zuzuordnen	111	112	➔

1	Vorbemerkungen	7
2	Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität	
2.1	Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht	11
2.2	Politisch motivierte Gewaltdelikte	
3	Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung	
3.1	Fallaufkommen in den Deliktsarten im Unterthema „sexuelle Orientierung“	13
3.2	Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“	14
3.3	Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“	15
3.4	Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema „sexuelle Orientierung“	15
4	Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2015“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“	
4.1	Allgemeine Betrachtung aller Vorfälle	16
4.2	Betrachtung der aus polizeilicher Sicht politisch motivierten Vorfälle	17
5	Politisch motivierte Kriminalität – rechts	
5.1	Besondere Entwicklungen	
5.1.1	Asyl- und Flüchtlingsthematik	18
5.1.2	Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	19
5.1.3	Konfrontation mit dem politischen Gegner	20
5.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
5.2.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	21
5.2.2	„Der III. Weg“	22
5.2.3	PEGIDA/BÄRGIDA	22
5.2.4	„Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa)	23
5.2.5	„Bündnis Deutscher Hools“ (B.D.H.)	24
5.2.6	„Identitäre Bewegung“ (IDB)	25

5.3	Ausgewählte Sachverhalte	25
5.4	Prognose	26

## 6 Politisch motivierte Kriminalität – links

6.1	Besondere Entwicklungen	
6.1.1	Asylthematik und Flüchtlingspolitik	28
6.1.2	Antirepression	32
6.1.3	Politisch motivierte Brandanschläge auf Kfz	33
6.1.4	Gentrifizierung	34
6.1.5	Konfrontation mit dem politischen Gegner	37
6.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
6.2.1	„Antifaschistische Koordination 36“ (AK36)	40
6.3	Ausgewählte Sachverhalte	40
6.4	Prognose	40

## 7 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

7.1	Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus	
7.1.1	Besondere Entwicklungen	43
7.1.2	Ausgewählte Sachverhalte	49
7.1.3	Prognose	50
7.2	Islamistischer Extremismus/Terrorismus	
7.2.1	Besondere Entwicklungen	51
7.2.2	Ausgewählte Sachverhalte	53
7.2.3	Prognose	55

## 8 Sonstige/Nicht zuzuordnen

8.1	Besondere Entwicklungen	
8.1.1	Asylthematik und Flüchtlingspolitik	56



8.1.2	Griechenland	57
8.1.3	Tierschutz/Tierrecht/Jagd	58
8.1.4	Umweltschutz	58
8.2	Ausgewählte Sachverhalte	59
8.3	Prognose	60

**9 Anhang**

9.1	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität	61
9.2	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – rechts	64
9.3	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links	72
9.4	Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität	80
9.5	Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen	88



## 1 Vorbemerkungen

Im vorliegenden Lagebild werden die Entwicklungen in den drei Phänomenbereichen Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK - rechts), Politisch motivierte Kriminalität - links (PMK - links) sowie Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMAK) betrachtet.

- Dem Phänomenbereich PMK - rechts werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Dem Phänomenbereich PMK - links werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.
- Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie

darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Derartige Straftaten können auch durch Deutsche begangen werden.

Im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ sind die Fälle der PMK enthalten, die keinem der drei vorgenannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität beinhalten die Fälle, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren abgeschlossen wurde.

Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, die aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt werden (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - mehrere Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

Herausragende Fälle wurden unter der Überschrift „Herausragende Ereignisse“ als eigener Punkt im jeweiligen Phänomenbereich dargestellt. Außerdem wurden zur Vermittlung eines Eindrucks hinsichtlich der zur Rede stehenden Straftaten jeweils einzelne – nicht für sich herausragende – Falldarstellungen in die allgemeine Lagebeschreibung eingeflochten.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

- Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus

schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b, 89c und 91 StGB<sup>1</sup> erfasst.

- Bei der Gewaltkriminalität handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung und Widerstands- sowie Sexualdelikte einschließlich der Versuche.
- Propagandadelikte sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).
- Als sonstige Delikte werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte<sup>2</sup> sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden als Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ klassifiziert.

Um das Motiv eines Falles auswertbar darzustellen, werden diesem bundeseinheitlich verbindliche Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet. So ist z. B. fremdenfeindlich ein Unterthema des Themenfeldes „Hasskriminalität“.

---

<sup>1</sup> § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

§ 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

§ 89c StGB: Terrorismusfinanzierung.

§ 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

<sup>2</sup> §§ 80 - 83, 84 - 86a, 87 - 91, 94 - 100a, 102 - 104a, 105 - 108e, 109 -109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB.

Um das Motiv detailliert darzustellen, können einem Fall mehrere Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet werden. So kann ein Fall bspw. sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch sein. Aus diesem Grund wird ein Fall bei der Auswertung der Themenfelder bzw. Unterthemen so oft gezählt, wie ihm Themenfelder bzw. Unterthemen zugeordnet wurden. Insofern führt die Summierung der Fallzahlen in den einzelnen Unterthemen grundsätzlich nicht zum tatsächlichen Fallzahlenaufkommen.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Polizeibeamte werden als Opfer im Rahmen des KPMD-PMK in Berlin grundsätzlich nicht erfasst, um unvollständige und missverständliche Auskünfte zu vermeiden. Denn politisch motivierte Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte ereignen sich häufig bei Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten ist dabei nicht immer bekannt und auch im Nachhinein nicht zuverlässig zu ermitteln, so dass über die genaue Anzahl verletzter Polizeibeamter keine belastbaren Auskünfte gegeben werden können.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss - ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil - einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

## 2 Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

### 2.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

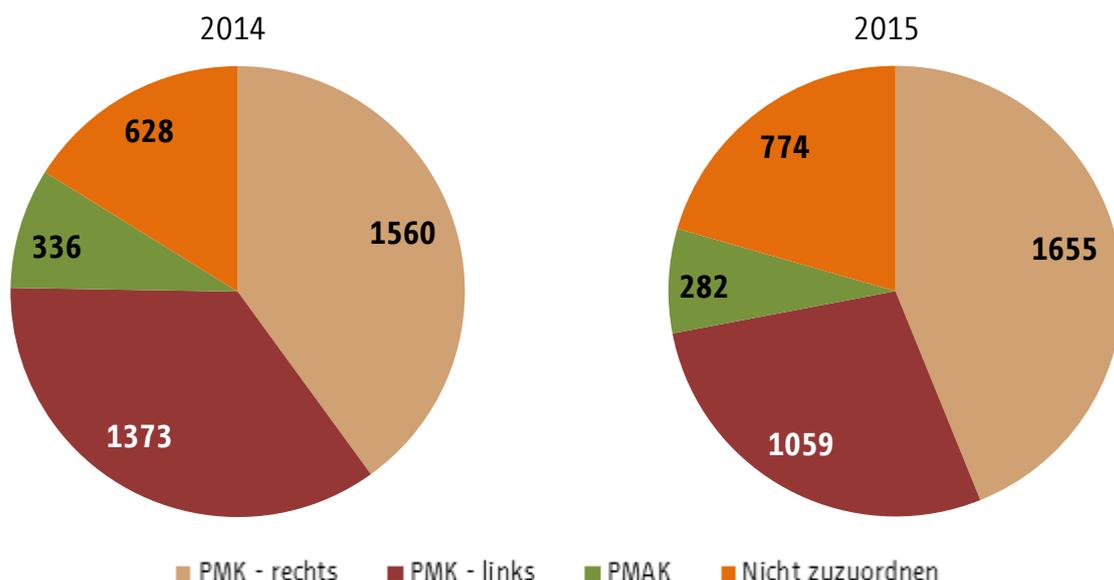
Im Jahr 2015 wurden im Rahmen des KPMD-PMK 3770 Fälle bekannt. Damit ist ein Rückgang des Fallaufkommens im Vergleich zum Jahr 2014 (3897 Fälle) um 127 Fälle (3 %) zu verzeichnen. In 693 Fällen handelt es sich um Gewaltdelikte.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>Entwicklung</b>
PMK - rechts	1560	1655	6%
PMK - links	1373	1059	-23%
PM-Ausländerkriminalität	336	282	-16%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	628	774	23%
<b>PMK gesamt</b>	<b>3897</b>	<b>3770</b>	<b>-3%</b>

Fallaufkommen PMK in den Phänomenbereichen im direkten Jahresvergleich

Anteil des Gesamtaufkommens PMK in den Phänomenbereichen





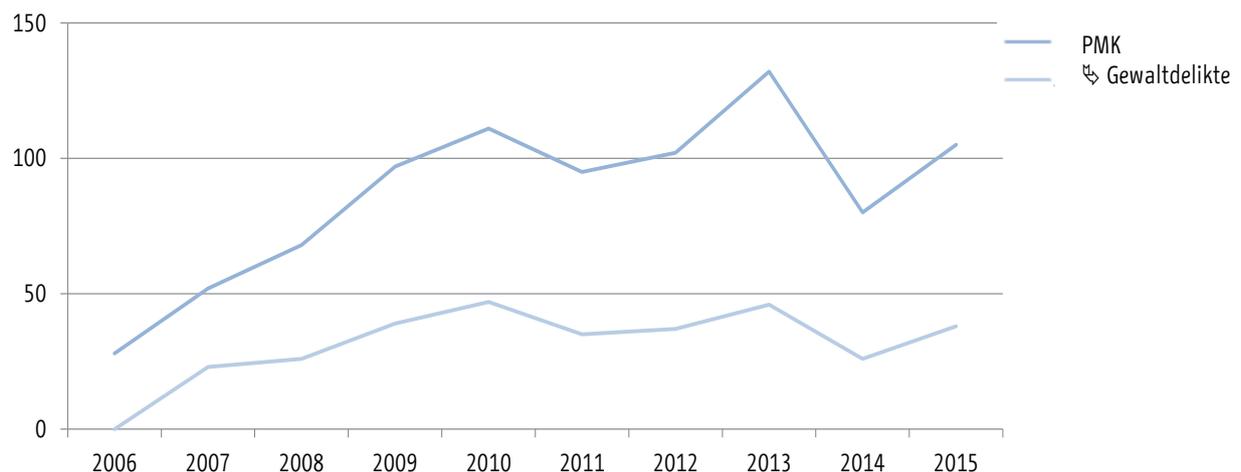
### 3 Fallaufkommen der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung

#### 3.1 Fallaufkommen in den Deliktsarten im Unterthema „sexuelle Orientierung“

Im Berichtsjahr stieg das Fallaufkommen der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung phänomenbereichsübergreifend um 25 Fälle. Einzelne zu benennende Ursachen liegen dafür nicht vor. Im Jahr 2015 waren 38 Gewaltdelikte zu verzeichnen.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PMK	28	52	68	97	111	95	102	132	80	105
↳ geklärt	9	24	27	41	45	36	41	62	44	44
Aufklärungsquote	32%	46%	40%	42%	41%	38%	40%	47%	55%	42%
↳ Gewaltdelikte	0	23	26	39	47	35	37	46	26	38
↳ geklärt	0	8	10	15	15	10	15	13	12	14
Aufklärungsquote	- / -	35%	38%	38%	32%	29%	41%	28%	46%	37%

Fallaufkommen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich



Die Höhe der Fallzahlen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben dem tatsächlichen Fallaufkommen spielen vor allem die Anzeigenbereitschaft der Opfer bzw. Geschädigten sowie möglicher Zeugen eine wichtige Rolle.

### 3.2 Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	PMK		👉 Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Charlottenburg-Wilmersdorf	8	4	2	1
Friedrichshain-Kreuzberg	8	16	3	9
Lichtenberg	1	5	0	0
Marzahn-Hellersdorf	4	5	1	1
Mitte	17	27	7	13
Neukölln	9	7	4	2
Pankow	4	5	2	1
Reinickendorf	3	3	0	1
Spandau	2	1	1	0
Steglitz-Zehlendorf	2	4	0	2
Tempelhof-Schöneberg	21	23	6	7
Treptow-Köpenick	1	5	0	1
<b>Berlin gesamt</b>	<b>80</b>	<b>105</b>	<b>26</b>	<b>38</b>

Fallzahlen PMK im Unterthema "sexuelle Orientierung" in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

### 3.3 Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2014	2015
PMK	53	52
↪ männlich	43	44
↪ weiblich	10	8
↪ Gewaltdelikte	16	17
↪ männlich	16	16
↪ weiblich	0	1

**Tatverdächtige zum Fallaufkommen PMK im Unterthema  
„sexuelle Orientierung“ nach Geschlecht im direkten  
Jahresvergleich**

### 3.4 Opfer von Gewaltdelikten im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2014	2015
männlich	31	40
weiblich	1	7
<b>Gesamt</b>	<b>32</b>	<b>47</b>

**Opfer von Gewaltdelikten der PMK im Unterthema  
"sexuelle Orientierung" nach Geschlecht im direkten  
Jahresvergleich**

## 4 Differenz zwischen den Fallzahlen der PMK und den Vorfällen in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2015“ der Opferschutzorganisation „ReachOut“

### 4.1 Allgemeine Betrachtung aller Vorfälle

Um einen seriösen Vergleich vornehmen zu können, werden im Folgenden die in der „Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin 2015“, Stand 7. März 2016, der NGO „ReachOut“ aufgeführten Vorfälle (nachfolgend Chronik-Vorfälle genannt) mit den entsprechenden Straftaten - sofern dazu bei der Polizei Berlin eine Anzeige vorliegt - für das Jahr 2015 ins Verhältnis gesetzt.

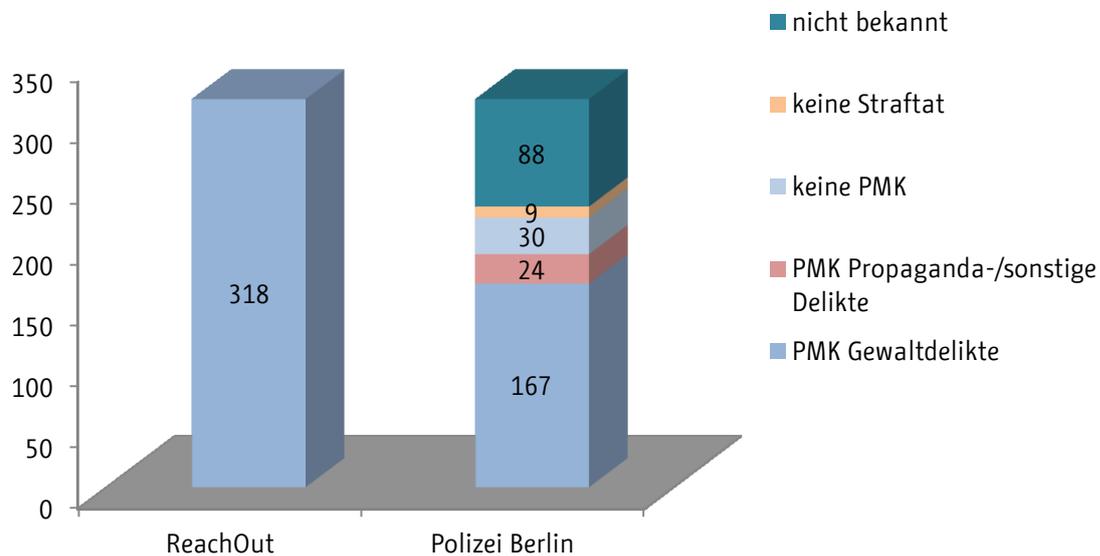
Den 318 „Gewalttaten“ der „Chronik“ stehen in der öffentlichen Wahrnehmung 143 polizeilich erfasste Gewaltdelikte der PMK - rechts gegenüber. In den Chronik-Vorfällen sind jedoch auch Fällen enthalten, die im Rahmen der polizeilichen Bewertung anderen Phänomenbereichen zugeordnet wurden (z. B. Taten der Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung, die im Rahmen des KPMD-PMK überwiegend dem Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ zugerechnet werden) oder zu denen bei der Polizei Berlin keine Anzeige erstattet wurde.

230 der 318 Vorfälle sind bei der Polizei Berlin bekannt, diese verteilen sich wie folgt:

- 191 Taten politisch motiviert
- 30 Taten Allgemeinkriminalität
- 9 Sachverhalte „Keine Straftat“

Zu 88 Chronik-Vorfällen konnten in den Informationssystemen der Polizei keine Informationen erlangt werden.

### Betrachtung der Chronik-Vorfälle aus Sicht der Polizei Berlin



#### 4.2 Betrachtung der aus polizeilicher Sicht politisch motivierten Vorfälle

Die 191 durch die Polizei Berlin als politisch motiviert klassifizierten Chronik-Vorfälle gliedern sich in folgende Phänomenbereiche und Deliktsarten:

	<b>Gewaltdelikte</b>	<b>Propagandadelikte</b>	<b>sonstige Delikte</b>	<b>Gesamt</b>
PMK - rechts	124	3	14	<b>141</b>
PMK - links	1	0	0	<b>1</b>
PMAK	19	0	2	<b>21</b>
Sonstige/Nicht zuzuordnen	23	0	5	<b>28</b>
<b>Gesamt</b>	<b>167</b>	<b>3</b>	<b>21</b>	<b>191</b>

## 5. Politisch motivierte Kriminalität – rechts

### 5.1 Besondere Entwicklungen

#### 5.1.1 Asyl- und Flüchtlingsthematik

Aufgrund der steigenden Anzahl und der damit konstant einhergehenden Zuweisung von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden erfolgte eine signifikante Fokussierung der rechten Szene auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik. Vor allem in den östlichen Bezirken Berlins wurden verstärkt Demonstrationen von Heimgegnern und Heimgegnern gegen die dortigen Containerunterkünfte initiiert. Hierbei wurde insbesondere die Angst vor „Überfremdung“ thematisiert. Bereits zu Beginn des Jahres 2015 konnte jedoch ein starker Rückgang der Teilnehmerzahlen verzeichnet werden.

Neben vereinzelt Straftaten im Zusammenhang mit den vorgenannten Versammlungen waren im Jahr 2015 eine Vielzahl von Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüchen sowohl an neu errichteten Containerunterkünften für geflüchtete Menschen und Asylbegehrende als auch an noch im Umbau befindlichen Unterkünften zu verzeichnen, die zumindest teilweise Protagonistinnen und Protagonisten der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden konnten. Dabei war auch festzustellen, dass es vereinzelt Absprachen von Mitgliedern der rechten Szene zur gemeinsamen und organisierten Begehung von Straftaten kam:

- Am 20. August 2015 warfen mehrere verkleidete und dunkel gekleidete Personen insgesamt neun an der Spitze mit Stoff umwickelte brennende Holzlatten über den Zaun einer Flüchtlingsunterkunft in Marzahn. Diese konnten durch Bewohner gelöscht werden. Die drei anschließend festgenommenen Täter gaben an, dass man sich u. a. über private Nachrichten im sozialen Netzwerk Facebook zu dieser Aktion

verabredet habe. Im Laufe der weiteren Ermittlungen konnten insgesamt elf Tatverdächtige, darunter sieben Mitglieder der gewaltbereiten Gruppierung „Bündnis Deutscher Hools“ (B.D.H.) identifiziert werden.

Darüber hinaus waren auch rechtsmotivierte Gewaltstraftaten einzelner Personen, teils unter starkem Alkoholeinfluss, zu verzeichnen:

- Am 17. Mai 2015 betrat ein angetrunkener Mann den frei zugänglichen Innenhof einer Asylunterkunft in Charlottenburg-Wilmersdorf und traf dort auf drei Bewohner verschiedener Nationalitäten. Vor den Anwesenden führte der Täter mehrfach hektische Bewegungen mit einem mitgeführten Samurai-Schwert durch und rief fremdenfeindliche Äußerungen. Anschließend setzte er einem der Anwesenden das Schwert erst auf die Brust und dann an den Halsbereich. Ein Sicherheitsmitarbeiter griff in das Geschehen ein, woraufhin der Täter das Schwert erfolglos dessen Richtung schwang. Ein weiterer Geschädigter wollte helfend eingreifen und griff dabei in die Klinge des Schwertes. Als der Täter das Schwert wegzog, wurde dadurch die Hand des Eingreifenden verletzt. Anschließend verließ der Täter fluchtartig den Hof, zog eine Pistole aus der Jacke und macht eine drohende Bewegung in Richtung der Personengruppe.
- Am 11. Oktober 2015 warf eine stark alkoholisierte Person fünf Pflastersteine auf drei am Eingang zu einer Flüchtlingsunterkunft in Marzahn-Hellersdorf befindliche Kinder und äußerte sich dabei fremdenfeindlich.

### 5.1.2 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Einhergehend mit dem gestiegenen Fallaufkommen im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingsthematik ist ebenfalls ein gestiegenes Fallaufkommen im Themenbereich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus festzustellen. Dies gilt insbesondere auch für die

Gewaltdelikte. Von diesen waren vor allem Personen betroffen, die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes eine mutmaßlich fremde Herkunft bzw. einen Einwanderungshintergrund aufwiesen.

- Die türkische Geschädigte wurde am 4. Mai 2015 in Pankow während eines Spazierganges im Beisein ihres Ehemannes beim Ablegen ihres Kleinkindes in den mitgeführten Kinderwagen von der vorbeigehenden Tatverdächtigen mit einem Ellenbogenschlag in den Rippenbereich getroffen. Infolge der Stoßwirkung fiel der Geschädigten ihr Kind in den Kinderwagen, sodass dieses mit dem Kopf an die dortige Randpolsterung stieß. Auf das Fehlverhalten angesprochen, wurde von der Täterin der ausgestreckte Mittelfinger in Richtung der Geschädigten gezeigt währenddessen ihr Begleiter fremdenfeindliche Beleidigungen äußerte.
- Zwei Männer beleidigten am 22. August 2015 eine Frau und ihre zwei Kinder fremdenfeindlich in einer S-Bahn und äußerten zudem mehrfach volksverhetzende Parolen. Durch die alarmierte Polizei konnten die Täter festgenommen werden. Das in diesem Zusammenhang medial verbreitete Urinieren der Täter auf die beiden Kinder konnte im Rahmen der Ermittlungen nicht verifiziert werden.

### 5.1.3 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Neben den Flüchtlingsunterkünften sind Personen und Szeneobjekte, vor allem des politisch linken Gegners, weiterhin bevorzugtes Angriffsziel der rechten Szene. Deutlich wurde dies durch den Aufmarsch einer größeren Personengruppe im Bereich der Rigaer Straße in Friedrichshain am 12. September 2015, an dem sich stadt- und szenübergreifend bekannte Protagonisten verschiedener Gruppierungen der rechten Szene beteiligten. Durch diese gezielte Provokation kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der linken und rechten Szene, in deren Folge 41 Personen der rechten Szene vorläufig festgenommen und Ermittlungen wegen besonders schweren Landfriedensbruches geführt wurden. Bei den

Ausschreitungen wurde ein Mann der linken Szene leicht verletzt. Darüber hinaus wurden vermeintliche politische Gegner körperlich attackiert, beleidigt, bedroht oder deren Eigentum angegriffen.

- Am 6. Januar 2015 setzten unbekannte Täter das Fahrzeug des Geschädigten im Ortsteil Adlershof in Brand. Dabei brannten Motor- und Innenraum komplett aus und ein weiteres Fahrzeug wurde in Mitleidenschaft gezogen. Der Geschädigte engagiert sich öffentlichkeitswirksam gegen Rechtsextremismus.

Im Berichtsjahr standen zudem vermehrt auch Wahlkreis- und Abgeordnetenbüros im Fokus der rechten Szene. In insgesamt 21 Fällen wurden politisch motivierte Straftaten verübt, bei denen derartige Einrichtungen entweder direktes Angriffsziel waren bzw. als Feststellort registriert wurden.

## 5.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

### 5.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) fiel im Berichtsjahr vor allem durch die Durchführung von Demonstrationen im Zusammenhang mit der Asylthematik auf. Zudem nahmen verschiedene Mitglieder an den Versammlungen der BÄRGIDA-Bewegung teil.

Mit Wirkung zum 26. August 2015 kündigte der Kreisverband Pankow der NPD im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik die Durchführung einer „Kiezstreife der NPD“ an. Eine Umsetzung dieser Ankündigung konnte polizeilich bislang nicht festgestellt werden. Darüber hinaus wurden durch Personen des Kreisverbandes mehrere Informationsstände betrieben sowie überwiegend angemeldete Versammlungen durchgeführt.

### 5.2.2 „Der III. Weg“

Die Partei „Der III. Weg“ wurde am 28. September 2013 durch ehemalige Mitglieder der NPD Rheinland-Pfalz gegründet. Ideologisch versteht sich die Partei als „nationalrevolutionär“.

**DER III. WEG**

Am 29. März 2015 gründete die Partei den „Stützpunkt Berlin“, welcher Bestandteil des am 10. Januar 2016 gegründeten „Gebietsverbandes Mitte“ ist. Mit der Gründung einer regionalen Vertretung ist ein strukturierter Aufbauprozess zu beobachten, welcher als ein Zeichen zum Vorantreiben eines Organisationsversuches gewertet wird. Inwiefern die Partei an einer eigentlichen Mitarbeit im parlamentarischen System interessiert ist, bleibt angesichts der Abgeordnetenhauswahl im September 2016 abzuwarten.

### 5.2.3 PEGIDA/BÄRGIDA

Unter dem Namen „Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (BÄRGIDA) gründete sich in Berlin ein Ableger der Dresdner PEGIDA-Bewegung. Im Vordergrund des



Protests der Bewegung steht der Kampf gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ sowie eine Änderung des Asylrechts. Kritik wird u. a. gegenüber Medien, ihrer Berichterstattung („Lügenpresse“) sowie der aktuellen Bundesregierung und etablierten „Alt-Parteien“ geäußert.

Das Thema einer „Islamisierung“ wurde von Beginn an offen mit Fragen zu steigenden Asylbewerberzahlen, der steigenden Terrorismus-Gefahr in Deutschland und der These des Verlustes von nationaler Identität verknüpft. Die Terroranschläge auf die Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 und die darauf folgenden koordinierten Anschläge vom 13. November 2015 in Paris wurden exemplarisch für die eigenen politischen Ansichten instrumentalisiert. Diese islamfeindliche Ausrichtung des BÄRGIDA-Bündnisses lässt sich

u. a. in Positionspapieren, Redebeiträgen, Kommentareinträgen und direkten Verlinkungen auf der eigenen Facebook-Seite erkennen.

Die seit dem 5. Januar 2015 jeden Montag als Abendspaziergänge angemeldeten Demonstrationen wurden anfänglich von ca. 250 bis 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Diese setzten sich vorrangig aus Personen des rechten parteipolitischen Spektrums (NPD, „pro Deutschland“ oder auch „German Defence League“) und Personen des bürgerlichen Spektrums zusammen. Daneben wurden vereinzelt auch Personen des aktionsorientierten rechten Spektrums sowie Anhängerinnen und Anhänger der Reichsbürgerbewegung festgestellt. Die höchste Gesamtteilnehmerzahl mit 575 Personen wurde beim 4. Abendspaziergang am 26. Januar 2015 erreicht.

Bereits ab Anfang Februar 2015 war eine Stagnierung bzw. ein signifikanter Rückgang der Teilnehmerzahlen zu beobachten, so dass aktuell eine durchschnittliche Anzahl von ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern festgestellt werden kann.

Neben Straftaten gegen das Versammlungsgesetz wurden in diesem Zusammenhang Beleidigungs- und Körperverletzungsdelikte sowie Volksverhetzungen und Verstöße gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) festgestellt.

Im Zusammenhang mit BÄRGIDA-Versammlungen wurde regelmäßig mindestens eine Gegenversammlung, vorrangig durch das Aktionsbündnis „No Bärigida“, angemeldet. Diese befand sich in der Regel in räumlicher und zeitlicher Nähe zur BÄRGIDA-Versammlung.

#### 5.2.4. „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa)

Am 26. Oktober 2014 kam es in Köln zu massiven Ausschreitungen durch einen gebündelten Aufzug von Personen der Fußball- und der rechten Szene, welche den

Salafismus/Islamismus und deren Prediger in Deutschland unter dem Phänomen „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) thematisierten.

Eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Berliner HoGeSa –Bewegung spielte und spielt die in der rechten Szene populäre Band „A3stus“ aus Berlin bzw. Brandenburg. Mit ihren Auftritten und Konzerten schafft die Band Möglichkeiten zum Kontakt mit der rechten Szene und gibt dadurch Gelegenheit zur Rekrutierung und Mobilisierung von Sympathisanten. Aufgrund von internen Streitigkeiten und daraus resultierenden Schwierigkeiten in der personellen Struktur der HoGeSa schwächte sich die Bewegung auch durch interne Aufspaltungen zusehends selbst.

#### 5.2.5. „Bündnis Deutscher Hools“ (B.D.H.)



Das „Bündnis Deutscher Hools“ (B.D.H.) entstammt der HoGeSa-Bewegung und zeigte in Berlin in wechselnder Zusammensetzung von ungefähr 10 bis 25 Personen insbesondere während der wöchentlichen BÄRGIDA-Versammlungen Präsenz. Dabei fiel die Gruppe vor allem durch gewaltbereites aggressives Verhalten auf, das sich überwiegend gegen Journalistinnen und Journalisten bzw. Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten richtete.

Am 10. September 2015 wurde auf Facebook die Auflösung des B.D.H. und all seiner Ortsgruppen in Berlin verkündet. Als Hintergrund wurde der wachsende Ermittlungsdruck gegen die Gruppe aufgrund der Beteiligung einiger Mitglieder an der versuchten schweren Brandstiftung auf eine Flüchtlingsunterkunft in Marzahn am 20. August 2015 (siehe auch Ziffer 3.1.1) genannt.

### 5.2.6. „Identitäre Bewegung“ (IDB)

Bei der „Identitären Bewegung“ (IDB) handelt es sich um eine ursprünglich von Frankreich ausgehende, mittlerweile europaweite, gesellschaftskritische Bewegung, die sich gemäß ihres eigenen Facebook-Auftrittes als „Wandel der Zeit, als Wind der Bewegung, als nächste Generation“ betrachtet und sich unter dem Motto „100% identitär, 0% rassistisch“ als politische Alternative auch in Deutschland positionieren möchte.



**IDENTITÄRE BEWEGUNG**

Die IDB machte im Jahr 2015 mit zwei Aktionen auch überregional auf sich aufmerksam: Die Besetzung der Balkone der SPD-Geschäftsstellen in Hamburg und Berlin sowie die kurzzeitige Errichtung eines Protestcamps vor dem Schloss Bellevue in Berlin. Bereits im Vergleich zum Vorjahr zeichnete sich in 2015 eine deutlich bessere Organisation der IDB ab, die im Folgenden mehr öffentlichkeitswirksame Aktivitäten hervorbringen konnte.

Aufgrund der zunehmenden Gewinnung weiterer Sympathisantinnen und Sympathisanten erfolgte Anfang März 2016 ein „Deutschlandtreffen“ von 120 Aktivistinnen und Aktivisten mit dem Ziel der Reorganisation sowie zur Planung des „Aktionsjahres 2016“.

## 5.3 Ausgewählte Sachverhalte

### Öffentliche Aufforderung zu Straftaten „Sturm auf den Reichstag“

Bereits seit Februar 2015 erfolgte vor allem im Internet eine breitgefächerte Ankündigung zur „Versammlung/Großkundgebung“ unter dem Motto „Sturm auf den Reichstag“ für Mai 2015. Die Aufrufe zur Teilnahme beinhalteten Formulierungen, wie beispielsweise „Stürmung des Plenarsaals“ und „Ausruf einer Übergangsregierung“. Veranstaltungsbezogene Abbildungen im Netz zeigten u. a. eine bewaffnete und maskierte Person in Anlehnung an die „Anonymous“-Bewegung. Auf Facebook sagten zwischenzeitlich

ca. 35.000 Nutzerinnen und Nutzer eine Teilnahme zu. Unter diesen befanden sich auch bekannte PEGIDA-Vertreter aus Dresden sowie der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Berlin. Unter den Sympathisantinnen und Sympathisanten der Versammlung befanden sich zudem Personen aus dem Kreis der „Anonymous“-Bewegung, des B.D.H. sowie der „Reichsbürger“.

Im Rahmen der geführten Ermittlungen wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) konnten die in Berlin ansässigen Verantwortlichen namhaft gemacht und an einer Fortsetzung strafbewährter Äußerungen im Internet gehindert werden. Letztlich konnte am Versammlungstag eine dreistellige Teilnehmeranzahl vor Ort festgestellt werden.

#### Straftaten zum Nachteil von Mitarbeitern und Gästen des Lokals „Panke und Meer“

Im Berichtsjahr kam es immer wieder zu Straftaten zum Nachteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Besucherinnen und Besuchern des Cafés „Panke und Meer“ im Ortsteil Buch. So fotografierte der Kreisvorsitzende der NPD am 5. Juni 2015 im Cafe befindliche Besucherinnen und Besucher. Als eine Frau sich dies verbat und mit ihrer Hand das Objektiv bedeckte, wurde sie geschlagen und anschließend beleidigt. Das Lokal befindet sich im Bürgerhaus Buch und führt u. a. Veranstaltungen gegen rechte Strukturen in Buch und Informationsveranstaltungen für geflüchtete Menschen und Asylbegehrende durch.

## 5.4 Prognose

Mit dem weiteren Zustrom von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden ist von einer anhaltenden Thematisierung der „Islamisierung“ Deutschlands sowie des damit einhergehenden „Verlusts der nationalen Identität“ durch die rechte Szene auszugehen. Zudem ist eine fortwährende Instrumentalisierung von Terroranschlägen auf Ziele in der

---

westlichen Welt zur exemplarischen Untermauerung einer befürchteten steigenden Terrorismusgefahr für Deutschland prognostizierbar.

Vor allem im Zusammenhang mit den fortgesetzten Zuweisungen von Asylbegehrenden und Flüchtlingen nach Berlin und der damit verbundenen Eröffnung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte ist mit Straftaten aus fremdenfeindlichen Motiven im unmittelbaren Umfeld der Unterkünfte bzw. mit strafrechtlich relevanten Thematisierungen im Internet zu rechnen. Dabei gewinnt das Internet auch zukünftig durch die gesteigerte Verwendung und die vermeintliche Anonymität vor allem in sozialen Netzwerken an immer größerer Bedeutung für die Begehung von Straftaten. Dies könnte folglich auch Auswirkungen auf das Fallaufkommen im Phänomenbereich PMK - rechts haben.

Die Teilnehmerzahlen der „Montags-Demonstrationen“ in Marzahn sowie der BÄRGIDA-Veranstaltungen in Mitte sind seit Anfang 2015 stark rückläufig. Vor dem Hintergrund der fortwährenden Gegenproteste und eines möglichen „Abnutzungseffektes“ ist mittelfristig ein weiterer Rückgang der Teilnehmerzahlen wahrscheinlich.

Im Hinblick auf die am 18. September 2016 stattfindende Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und den damit verbundenen verstärkten Aktivitäten der antretenden Parteien im Rahmen des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit ist von einem Anstieg des Fallaufkommens der PMK - rechts auszugehen. Vor allem mit einer Zunahme von Propagandadelikten, Sachbeschädigungen an Wahlplakaten und verstärkten Auseinandersetzungen mit dem politisch linken Gegner ist zu rechnen.

## 6. Politisch motivierte Kriminalität – links

### 6.1 Besondere Entwicklungen

#### 6.1.1 Asylthematik und Flüchtlingspolitik

##### Container- bzw. Notunterkünfte

Auf Grund ansteigender Zahlen von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden, die im Jahr 2015 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, wurden in Berlin zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte, entweder in Form sogenannter „Containerdörfer“ oder durch Umwidmung von Objekten, wie Sporthallen, Schulen und Kitas, eingerichtet.

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien bzw. auch rechtsorientierte Einzelpersonen und deren Unterstützerinnen und Unterstützer führten vor den geplanten Flüchtlingsheimen oder Notunterkünften immer wieder angemeldete und unangemeldete Protestversammlungen durch. An diesen nahmen zum Teil auch Anwohnerinnen und Anwohner der jeweiligen Wohngebiete teil. Der Schwerpunkt dieser Aktivitäten lag dabei in den östlichen Stadtbezirken. Begleitet wurden diese Versammlungen stets von Gegenprotesten, die sich aus Gruppen und Personen aus dem bürgerlich-parteilich-gewerkschaftlichen Spektrum aber auch aus Gruppen und Einzelpersonen der linken Szene zusammensetzten. Dabei kam es aus beiden Lagern immer wieder zu versammlungstypischen Straftaten und zu Auseinandersetzungen mit dem jeweils politischen Gegner.

- In Falkenberg versammelten sich am 28. Januar 2015 ca. 50 Personen, um die Wegstrecke des Aufzugs „Nein zum Containerdorf in Falkenberg“ zu blockieren.

Dabei führten sie Transparente mit den Aufschriften „Gegen Neonazis und alle Ausgrenzung“ und „Refugees Welcome“ mit.

- Am 31. Oktober 2015 fand ein Aufzug „AfD gegen Politikversagen“ in Mitte statt, der mehrfach durch zahlreiche Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten blockiert wurde, so dass die Aufzugsstrecke verändert werden musste. Dabei wurden eingesetzte Polizeikräfte massiv bedrängt und aus den ersten Reihen heraus immer wieder getreten und geschlagen. Einige Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer hatten sich vermummt.

Die Tatsache, dass das Thema „Flüchtlinge“ nach wie vor gesellschaftlich und medial im besonderen Maße relevant ist, stellt - losgelöst von rechtspopulistischen Versammlungen - einen weiteren Antrieb für Aktivitäten durch die linke Szene dar. Mit der Begründung „Kampf gegen Rassismus in allen Formen“ wurden auch im Berichtsjahr regelmäßig Straftaten gegen die durch die linke Szene identifizierte Zielgruppen verübt. Diese Zielgruppen sind einerseits (politisch) Verantwortliche und andererseits sogenannte „Nutznießer“. Sie sind nach Ansicht der linken Szene verantwortlich für die „furchtbaren Lebensbedingungen und die Isolation der MigrantInnen“.

- Am 10. April 2015 betrat eine Personengruppe widerrechtlich den Terrassenbereich der SPD-Parteizentrale in Kreuzberg mit einer Leiter und verhinderte durch Anlegen einer Kette den Zugang vom Gebäude zur Terrasse. Es wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Bleiberecht statt Abschiebehaft“ an der Terrasse befestigt. Vor der Parteizentrale versammelten sich weitere Personen. Diese führten ein Transparent mit der Aufschrift: „Asylrechtverschärfung Stopp - Flucht ist kein Verbrechen - für ein bedingungsloses Bleiberecht“ mit. Während der gesamten Kundgebungsdauer wurden vereinzelt die Sprechchöre, wie „Kein Mensch ist illegal, Bleiberecht überall!“,

„No Boarder, no Nation, Stop Deportation!“ und „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten!“ skandiert.

- Am 24.04.2015 fand die Demonstration „Unsere Freunde bleiben hier - Schulstreik gegen Rassismus und Abschiebung“ im Ortsteil Mitte statt. Die Tatverdächtige warf aus dem Aufzug heraus zwei mit Farbe gefüllte Ballons. Einer traf die Fassade des Gebäudes der Europäischen Union.

Im Gegensatz zu den Jahren 2013 und 2014, in denen sich mit den Ereignissen rund um den Oranienplatz oder die Gerhart-Hauptmann-Schule ein besonders stark erhöhtes und störanfälliges Versammlungsaufkommen entwickelte, gab es 2015 keine derartigen, örtlich und thematisch klar umrissenen Schwerpunkte.

## BÄRGIDA

Gegen die seit dem 5. Januar 2015 stattfindenden BÄRGIDA-Versammlungen formierte sich anfangs ein breiter, alle linken Spektren umfassender Widerstand mit Teilnehmerzahlen im vierstelligen Bereich. Im Laufe des Jahres nahmen diese auch aufgrund der geringen Beteiligung an den BÄRGIDA-Versammlungen kontinuierlich ab und lagen zum Jahresende im oberen zweistelligen bzw. unteren dreistelligen Bereich. Trotz abnehmender Teilnehmerzahlen kam es regelmäßig zu versammlungstypischen Straftaten, Blockaden und Versuchen, die BÄRGIDA-Versammlungen mit Verhinderungsabsicht zu stören.

- Im Rahmen der ersten BÄRGIDA-Versammlung am 5. Januar 2015 in Mitte begaben sich in der Spitze bis zu 300 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten auf eine Kreuzung und blockierten diese, so dass der BÄRGIDA-Aufzug nicht durchgeführt werden konnte. Trotz mehrfacher Aufforderung, die Kreuzung zu räumen, verblieben die Personen dort. Im Rahmen von anschließenden Abdräng- und Räumungsmaßnahmen hakten sich die Personen unter und leisteten aktiven

Widerstand in Form von gemeinschaftlichem Wegdrücken und Schubsen der Polizeikräfte.

- Während eines BÄRGIDA-Aufzuges am 24. August 2015 in Mitte kam es durch unbekannte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gegendemonstrationen zu verbalen Provokationen, Unmutsäußerungen und Pfiffen. Des Weiteren wurden Gesänge wahrgenommen, die sich inhaltlich gegen die BÄRGIDA-Versammlung richteten. Es kam zu vereinzelt Würfen von Gegenständen in Richtung des BÄRGIDA-Aufzuges.

### 6.1.2 Antirepression

Aktionen und politisch motivierte Straftaten im Themenzusammenhang Antirepression bildeten auch im Jahr 2015 einen Schwerpunkt innerhalb der linken Szene. Dabei wurden Polizeibeamtinnen und -beamte Opfer gewalttätiger Übergriffe, wobei die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in den letzten Jahren innerhalb der linken Szene deutlich gesunken ist und weitestgehend eine breite Akzeptanz findet. Deutlich wird dies in der vermehrten Begehung schwerer Gewaltstraftaten, bei denen Polizeikräfte zum Teil massiv nicht nur mit Steinen und Flaschen, sondern mit Betonteilen oder anderen gefährlichen Gegenständen angegriffen werden, wobei schwere Verletzungen oder auch der Tod der Polizeibeamtinnen und -beamten billigend in Kauf genommen wird. Im Berichtsjahr waren zwei versuchte Tötungsdelikte zum Nachteil von Polizeikräften zu verzeichnen.

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 272 politisch motivierte Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Einsatzfahrzeuge und Einrichtungen der Polizei Berlin registriert, im Jahr 2014 waren es 374 Fälle. Der Rückgang des Fallaufkommens ist mit der Abnahme von demonstrationstypischen Straftaten zu begründen, sollte jedoch nicht über die teilweise große Brutalität hinweg täuschen, mit denen Polizeibeamtinnen und -beamte von linksmotivierten Straftäterinnen und Straftätern angegriffen werden.

- Während des Jahreswechsels 2014/2015 zog eine etwa 30-köpfige und teilweise vermummte Personengruppe durch Friedrichshain und zerstörte zunächst mehrere höherwertige Fahrzeuge, indem die Scheiben eingeschlagen und nachfolgend Feuerwerkskörper hineingeworfen wurden. Drei Fahrzeuge brannten dabei komplett aus. Anschließend warfen mehrere Personen aus der Gruppe eine Vielzahl von Steinen gegen ein bezugsfertiges Neubauprojekt und hinterließen diverse zerstörte Fensterscheiben. Ein dort eingesetzter Security-Mitarbeiter wurde geschlagen und getreten sowie sein privates Fahrzeug und der Bürocontainer ebenfalls in Brand gesetzt. Nachfolgend wurde ein vorbeikommendes Polizeifahrzeug mit Steinen beworfen. Mehrere Scheiben des Fahrzeugs wurden durchschlagen, die Polizeikräfte erlitten Verletzungen. Auf dem weiteren Weg wurden noch Scheiben mehrerer parkender Fahrzeuge eingeschlagen.
- Am 10. März 2015 wurde in Rummelsburg ein Fahrzeug der Bundespolizei in Brand gesetzt. Hierzu wurde im Internet ein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht, welches die Tat u. a. in den Themenzusammenhang Antirepression stellte. Die Tat wurde dem am 10. März 2010 in Griechenland bei einem Polizeieinsatz erschossenen Lambros Fountas (auch Foundas) gewidmet.

### 6.1.3 Politisch motivierte Brandanschläge auf Kfz

Im Jahr 2015 waren insgesamt 38 Brandanschläge mit 45 direkt angegriffenen Kfz festzustellen, bei denen eine politische Motivation angenommen wurde. Dabei wurden 31 Fahrzeuge in Mitleidenschaft gezogen (Kollateralschäden). Zu diesen Taten wurden zehn Selbstbeichtigungsschreiben (SBS) veröffentlicht, in denen die Taten überwiegend in dem Begründungszusammenhang Antirepression gestellt wurden. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 53 Brandanschläge mit 60 direkt angegriffenen Kfz festgestellt, bei denen eine

politische Motivation angenommen wurde. Hierzu wurden 54 Fahrzeuge in Mitleidenschaft gezogen. Zu diesen Taten wurden 20 SBS veröffentlicht.

Wie auch im Vorjahr war die stärkste Belastung hinsichtlich der direkt angegriffenen Kfz im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit 20 Fahrzeugen zu verzeichnen. Die weitere Anzahl der direkt angegriffenen Kfz verteilt sich auf die Bezirke Mitte (6), Neukölln (5), Pankow (5), Lichtenberg (5) Treptow-Köpenick (3) und Marzahn-Hellersdorf (1).

Die Adressaten von Brandanschlägen auf Kfz waren 2015 überwiegend Firmen (17) und Privatpersonen (12), die nach Ansicht der linken Szene als vermeintlich Verantwortliche der jeweiligen Themengebiete zugeordnet wurden. In vier Fällen waren Bezirksämter betroffen.

#### 6.1.4 Gentrifizierung

Der Friedrichshainer Nordkiez, südlich begrenzt durch die Frankfurter Allee und rund um die Rigaer Straße gelegen, ist seit Jahren Schauplatz von urbanem Strukturwandel, der in flächendeckender Aufwertung von Wohnraum zu hochpreisigen Immobilien seinen Ausdruck findet. Eine vergleichsweise hohe Anzahl linksalternativer Wohnobjekte und Lokalitäten im Kiez, die auch als Anlaufpunkt für Personen aus dem linksextremistischen Spektrum dienen, befindet sich dort in unmittelbarer Nähe zu Gentrifizierungsobjekten.

Vor diesem Hintergrund kam es im Jahr 2015 im Bereich um die Rigaer Straße ganzjährig zu politisch motivierten Destruktionsdelikten, wie beispielsweise Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. Hierbei waren insbesondere Firmenfahrzeuge, hochwertige Kfz in Privatbesitz und (im Bau befindliche) Gentrifizierungsobjekte Angriffsziele. Neben Delikten, die im Begründungszusammenhang Gentrifizierung begangen wurden, waren seit Beginn des Jahres 2015 vermehrt Angriffe auf polizeiliche Dienstkräfte und deren Einsatzmittel zu verzeichnen. Diese im Begründungszusammenhang „Antirepression“ begangenen Straftaten dienten dazu, den - aus Sicht der linksextremistischen Szene - „autonomen

Freiraum“ in und um die Rigaer Straße zu verteidigen und rechtsstaatlichen Normen zu entziehen. Militante Linksextremisten betrachten Polizeikräfte im Dienst sowie deren Einsatzmittel - auch ohne konkreten Anlass - als legitime Angriffsziele. Das sowohl offene als auch latent militante Agieren dient der Abschreckung, Einschüchterung und letztendlich der Machtausübung im öffentlichen Raum.

In der Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli 2015 fand anlässlich des 25. Geburtstages bestehender Hausprojekte die „Lange Woche der Rigaer Straße“ unter dem Motto: „25 Jahre Selbstorganisation und Widerstand rund um die Rigaer Straße“ statt. In der Veranstaltungswoche sollten - wie in den vergangenen Jahren auch - „Rallys, Ausstellungen, Aktionen, Diskussionen, Vorträge, Konzerte, Workshops und ein Umsonstflohmarkt“ angeboten bzw. durchgeführt werden. Dazu hieß es in einem Mobilisierungsbeitrag: „Das Straßenfest soll ein aktives Zeichen gegen die Aufwertungspolitik in unserem Viertel setzen. Uns ist besonders wichtig, dass der Fokus auf politischen Inhalten und dem zwischenmenschlichen Austausch liegt und das Fest nicht zu einer inhaltsleeren Saufveranstaltung verkommt .... spontane und außerplanmäßige Events werden grundsätzlich befürwortet!“

Bei Aktionen und Straftaten im Bereich Rigaer Straße Ecke Liebigstraße, in der linken Szene auch als „Dorfplatz“ bezeichnet, nahmen an den jeweiligen Tagen jeweils bis zu 250 Personen, anlässlich der Demonstration „Bullenterror und Verdrängungen“ am 10. Juli 2015 sogar bis zu 600 Personen, teil. Insgesamt 100 Ermittlungsverfahren wurden im Aktionszeitraum eingeleitet; insgesamt wurden 23 Dienstkräfte der Polizei Berlin verletzt.

- Am 10. Juli 2015 kam es zu einer Festnahme innerhalb einer unüberschaubaren Menschenmenge, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Lokalität „Freibeuter“ befand. Daraufhin wurden die Polizeikräfte mit Aschenbechern, Gläsern und einem

Barhocker beworfen bzw. aus der Menge heraus geschlagen. Dabei wurden Sprüche, wie „Verpisst euch aus unserer Kneipe!“, gerufen.

- Am 12. Juli 2015 versammelten sich auf dem „Dorfplatz“ bis zu 250 Personen. Mit zunehmenden Alkoholkonsum wurden die anwesenden Polizeikräfte lautstark mit den Worten: „Haut ab, haut ab“, und „Ganz Berlin hasst die Polizei“ beschimpft. Die Stimmung konnte als aufgeheizt und polizeifeindlich interpretiert werden. Im Verlauf von diversen Festnahmen flogen Flaschen und Steine auf die ausführenden Einsatzkräfte. Weiterhin wurden sie mittels Schlägen und Tritten attackiert.

Im Bereich des Dorfplatzes wurden aber auch zahlreiche anlassunabhängige Straftaten durch linksmotivierte Straftäter begangen:

- Am 29. Juli 2015 wurde ein abgestellter Pkw der Firma „DriveNow“ in Brand gesetzt und brannte komplett aus. Das Feuer griff dabei auch auf einen Pkw sowie einen Transporter über, welche ebenfalls komplett ausbrannten. Weitere Objekte wurden durch Brand- bzw. Hitzeeinwirkung beschädigt. Während der Löscharbeiten kam es zu zwei Steinwürfen aus Richtung der angrenzenden Mietshäuser auf die Polizeikräfte. Es wurden keine Personen verletzt, jedoch ein abgestellter Pkw im Bereich der Motorhaube beschädigt.
- In den späten Abendstunden des 14. August 2015 hielten sich etwa 150 Personen auf dem „Dorfplatz“ auf. Der Fahrzeugführer einer herannahenden Raumschutzstreife bemerkte, wie zwei unbekannte Gegenstände direkt vor dem Gruppenwagen einschlugen und Flüssigkeit hochspritzte. Wenige Sekunden später wurden akustisch weitere vier bis fünf Treffer auf dem Dach des Kfz wahrgenommen, woraufhin eine milchige Flüssigkeit vom Dach des Kfz auf die Windschutzscheibe floss. Beim Passieren eines Wohnhauses in unmittelbarer Nachbarschaft zum linken Szeneobjekt Rigaer Str. 94 wurde das Fahrzeug von weiteren Gegenständen

getroffen. Wenige Minuten später wurde ein unangenehmer Geruch wahrgenommen. Kurze Zeit später befuhr eine Objektschutzstreife die Rigaer Straße zu einem Neubauprojekt. Bei einem Wendemanöver kam das Fahrzeug kurz zum Stehen, woraufhin am Fahrzeug und auf dem Gehweg rund um das Fahrzeug ca. 20 Steineinschläge wahrgenommen wurden. Dabei wurde das Fahrzeug mehrfach getroffen. Es konnten keine Personen im Nahbereich wahrgenommen werden. Am 16. August 2015 wurde auf [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) ein Artikel unter der Überschrift „Die rebellische Rigaerstraße grüsst Nørrebro“ eingestellt. Darin wurde Bezug auf polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen gegen das linke Hausprojekt „Bumzen“ und weiteren Wohnungen in Kopenhagen am 13. August 2015 genommen. Demnach hätten „aus Solidarität“ am Freitagabend, dem 14. August 2015, wieder „zwei Bullenkarren beim Rigaer Roulette“ verloren. Weiterhin wurde angeführt: „...seid euch sicher, solange unsere Freunde von euren Kollegen genervt werden oder ihr in unserem Kiez rumschleicht, bleibt es für euch gefährlich!“

#### 6.1.5 Konfrontation mit dem politischen Gegner

Nach wie vor ist ein thematischer Schwerpunkt der linken Szene der Antifaschismus. Der „Kampf gegen rechts“ stellt hierbei den kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der in sich extrem heterogenen und zum Teil erheblich verfeindeten linken Szene dar. Dabei werden in diesem Zusammenhang regelmäßig Straftaten („Polarisationsstraftaten“) verübt, bei denen tatsächlich oder vermeintlich der rechten Szene zugehörige Personen oder Objekte und Fahrzeuge Ziel von Angriffen werden.

- Am 12. September 2015 kam es im Bereich der Rigaer Straße in Friedrichshain zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen ca. 50 Personen der rechten und linken Szene. Hierbei wurden Steine und Flaschen auf das jeweilige Gegenüber

geworfen, und es kamen Baseballschläger, Hieb- und Stichwaffen sowie Kleinpflastersteine zum Einsatz.

- Am 19. Oktober 2015 kam es zu einer Brandstiftung in einer Bar in Prenzlauer Berg. Am 20. Oktober 2015 wurde auf [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) hierzu ein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht. In diesem wurde die Tat in den Themenzusammenhang „Antifaschismus“ gestellt. Es wurde ein Bezug zum Jahrestag der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden hergestellt. Wörtlich hieß es: „In der Nacht bevor in Dresden die Abendländer ihr Einjähriges feiern wollten, haben wir in Berlin das Blackland angesteckt ... Wir sehen unsere Aktion auch als konkrete Solidarität mit unseren Genossinnen und Genossen in Sachsen, wo die Verhältnisse noch um einiges schlimmer sind.“ Die Verfasser beschrieben zudem, dass die "Rock- und Metalkneipe auf eine mehrjährige Historie von Nazikonzerten zurück blicken" kann.
- Am 25. November 2015 kam es zu einer Brandstiftung am Lkw einer Gerüstbaufirma in Lichtenberg. In einem Selbstbeichtigungsschreiben, welches auf [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) eingestellt wurde, hieß es, dass sich diese Tat bewusst gegen die Firma richtete, denn sie ist „seit Jahren bekannt und dient vielen Nazis als Arbeitsplatz und Plattform für die Geldeinnahmen der Bewegung.“ Weiter hieß es: „Wir rufen alle antifaschistisch denkenden Menschen dazu auf, Nazistrukturen mit aller Härte anzugreifen.“

Im Berichtsjahr standen zunehmend auch Demonstrationen und Veranstaltungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen im Fokus linksgerichteter Aktionen. So wurden Veranstaltungen und Versammlungen bspw. der „Alternative für Deutschland“ (AfD) seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 in Berlin von der linken Szene stets wahrgenommen und teilweise auch kritisch „begleitet“. Während sich in der Vergangenheit das Engagement gegen diese Partei jedoch in Grenzen hielt, verlagerte

die AfD mit Beginn der Flüchtlingswelle ihren Schwerpunkt auf dieses Thema und rückte damit zunehmend stärker in den Fokus auch der linken Szene. Im Rahmen ihrer „Herbstoffensive 2015“ veranstaltete der AfD-Landesverband Berlin am 24. Oktober, am 31. Oktober und am 7. November 2015 Versammlungen in Berlin. In diesem Zusammenhang kam es zu einem Anstieg von Straftaten zum Nachteil der AfD und deren Mitgliedern.

- Im Nachgang zur AfD-Versammlung vom 24. Oktober 2015 kam es zu einer Sachbeschädigung an einem AfD-Transporter. Es wurden Schriftzüge, wie „NAZIS“ und Aufkleber „Refugees Welcome“ und „ANTIFA“ angebracht.
- Am 26. Oktober 2015 brannte aus nicht mehr feststellbarer Ursache in Mitte ein Kraftfahrzeug im Motorbereich. Dieses war zuvor mit gut sichtbarem Kennzeichen im Internet im Zusammenhang mit einer Politikerin der AfD zu erkennen gewesen. Sie wurde am 22. Oktober 2015 in einem Kommentar auf der Internetseite [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) mit Wohnanschrift und ihren Pkw-Daten im Zusammenhang mit der AfD-Versammlung am 24. Oktober 2015 benannt.
- Am 6. November 2015 bemerkte der stellvertretende Bezirksvorsitzende der AfD Brandspuren an dem AfD-Transporter im Bereich des Radkastens. Unbekannte Täter hatten versucht, den Transporter in Brand zu setzen. Des Weiteren bewarfen unbekannte Täter die Büroräume der AfD in Mitte mit Pflastersteinen. Dabei wurde eine Scheibe beschädigt. Weiterhin wurden großflächige Farbschmierereien an die Außenfassade gesprüht. Zu der Tat wurde am gleichen Tag auf [www.linksunten.indymedia.org](http://www.linksunten.indymedia.org) ein Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht. In diesem wurde die Tat als „Gegenoffensive“ zur „Herbstoffensive der AfD“ dargestellt.

Mit der sogenannten „Herbstoffensive der AfD“ ist vor allem die Thematisierung der stellvertretenden Sprecherin des Bundesvorstandes der AfD und Europaabgeordneten in den öffentlichen Medien und sozialen Netzwerken merklich gestiegen. Sie wurde bislang

Opfer von verbalen Anfeindungen bis hin zu Beleidigungen, Bedrohungen im Internet, Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien und Steinwürfen und Inbrandsetzung ihres Pkws. Bereits am 13. Oktober 2015 wurde sie auf [ww.linksunten.indymedia.org](http://ww.linksunten.indymedia.org) in einem Protokoll der „Autonomen Vollversammlung“ (AVV) als „Hetzer gegen Geflüchtete“ mit ihrer Wohnanschrift und dem Hinweis, „dass sie sich sicher über Besuch freuen würde“, thematisiert. Seit dem 26. Oktober 2015 erhielt sie über ihre AfD-Mailadresse mehrfach E-Mails mit bedrohendem und beleidigendem Inhalt.

## 6.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

### 6.2.1 „Antifaschistische Koordination 36“ (AK36)

Im August 2015 gründete sich die Gruppierung „Antifaschistische Koordination 36“ (AK36). Hintergrund war die Auffassung der Mitglieder, dass sich die „Antifa Arbeit“ deutlich verschlechtert habe, da viele Gruppen das klassische Thema „Antifaschismus“ und den Kampf gegen rassistische Propaganda - u. a. im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsthematik - vernachlässigen würden. Vor allem Randbezirke, wie Buch, Marzahn oder Köpenick, werden nach Auffassung der AK36 ausgelassen, um lediglich medienwirksame Innenstadtbereiche mit einzelnen Protestaktionen abzudecken.

Auch hier hat man sich nach Ansicht der AK36 zu sehr auf kooperative, bürgerliche Parteien und Organisationen verlassen, um solche Proteste zu organisieren. Der radikalpolitische Ansatz ginge somit oftmals verloren. Aus diesem Grund möchte man auch zukünftig kleinere, bereits bestehende Strukturen in den Randbezirken unterstützen, um auch hier wieder Einfluss bzgl. der gesellschaftlichen Entwicklung ausüben zu können. Man möchte sich auch nicht ausschließlich mit Parteien und Gewerkschaften auf einen friedlichen Konsens einigen, sondern notfalls auch in Eigenverantwortung auf Militanz setzen.

Der Kapitalismus sowie der derzeit bestehende parlamentarische Rechtsstaat werden von Grund auf abgelehnt.

### 6.3 Ausgewählte Sachverhalte

#### Versuchter Totschlag

Während eines Stromausfalls am 21. März 2015 im Bereich der Rigaer Straße in Friedrichshain wurden durch mehrere Personen die Scheiben eines Lebensmitteldiscounters eingeschlagen und das Ladengeschäft geplündert. Dabei wurden diverse Hindernisse auf die Fahrbahn verbracht und teilweise angezündet. Einer eintreffenden Polizeistreife wurde vor dem Geschäft ein Mauerstein durch die Seitenscheibe geschleudert und verfehlte dort den Kopf des Beifahrers, weil der sich zurückgelehnt hatte, um an einen Einsatzgegenstand zu kommen. Der Beamte wurde am Unterarm verletzt.

#### Versuchter Totschlag

Nach den Ausschreitungen in der Rigaer Straße am 3. Oktober 2015 und dem Löschen von Kleinfedern war zunächst eine Lageberuhigung eingetreten. Gegen 02:30 Uhr fingern mehrere unbekannte Täter an, schwere Betonplatten vom Dach eines Wohnhauses auf die vor Ort befindlichen Polizeikräfte zu werfen. Mehrere Dienstkräfte wurden getroffen. Darüber hinaus wurde ein Einsatzfahrzeug getroffen und beschädigt. Die Ermittlungen sind weitestgehend abgeschlossen, es konnten keine Tatverdächtigen ermittelt werden.

### 6.4 Prognose

Auch zukünftig wird sich die linke Szene der Themen Antifaschismus, Antirepression, Gentrifizierung und Antirassismus in Verbindung mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik

annehmen. Dabei wird sich der Trend zur Durchführung sogenannter „direkter Aktionen“ vermutlich fortsetzen.

Das gewaltbereite linksextremistische Spektrum wird in der Außenwirkung durch die autonome Szene geprägt. Sie steht für eine hohe Bereitschaft zur Gewaltanwendung und eine Verweigerungs- und Protesthaltung gegenüber den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die von Teilen als faschistisch bzw. imperialistisch empfunden werden. Folglich sind bei Demonstrationen unter Beteiligung des autonomen Spektrums immer wieder versammlungstypische Straftaten zu erwarten. Weiterhin muss davon ausgegangen werden, dass in einzelnen Teilen der autonomen Szene ein latenter, tiefgehender Hass auf Polizeikräfte vorliegt. Dies führt dazu, dass einzelne Aktionen durchaus darauf ausgerichtet sind, auch Personen, die die „Repressionsorgane“ verkörpern, gezielt anzugreifen und eine Gefahr für Leib oder Leben dieser Personen zumindest in Kauf zu nehmen.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt der linken Szene ist nach wie vor der Antifaschismus. Der „Kampf gegen den politisch rechten Gegner“ stellt immer noch den kleinsten gemeinsamen Nenner innerhalb der linken Szene dar. In diesem Themenzusammenhang sind weitere Straftaten zum Nachteil von Personen, die tatsächlich oder vermeintlich der rechten Szene angehören bzw. gegen entsprechende Objekte und Fahrzeuge zu erwarten.

Durch die immer noch zunehmende Anzahl an Flüchtlingen und die damit verbundenen anhaltenden Diskussionen zu diesem Thema sind weitere Versammlungen der rechten Szene gegen die Unterkünfte zu erwarten. Dies führt wiederum zu antirassistischen Gegenversammlungen und damit einhergehend zu versammlungstypischen Straftaten.

---

Auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin am 18. September 2016 wird es zu politisch motivierter Straftaten kommen. Insbesondere durch die Beteiligung der AfD an der Abgeordnetenhauswahl sind hier Straftaten aus antirassistischen und antifaschistischen Motiven zu prognostizieren.

Im Bereich der Gentrifizierung/Umstrukturierung wird der Erhalt vor allem der Objekte Rigaer Str. 94, Friedelstr. 54 und Manteuffelstr. 99 - vor allem die zurzeit thematisierte mögliche Räumung einzelner Objekte - weiterhin als Begründung für die Begehung von Straftaten herangezogen.

## 7 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

### 7.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus

#### 7.1.1 Besondere Entwicklungen

##### PKK/Kurden

Während zum Jahresende 2014 der Kampf um die vom sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) besetzte syrische Stadt Kobane die Versammlungslage in Deutschland und Berlin prägte, ging die Anzahl der Demonstrationen mit der Befreiung von Kobane im Januar 2015 zurück. Nunmehr rückten die für den 7. Juni 2015 geplanten Parlamentswahlen in der Türkei in den Fokus der kurdischen und türkischen Bevölkerung, da durch die prokurdische Partei „Halkların Demokratik Partisi“ (HDP)<sup>3</sup> auch in Berlin aktiv Wahlkampf betrieben wurde. In Deutschland lebende türkische Staatsangehörige konnten ihr Wahlrecht im Zeitraum vom 8. bis 31. Mai 2015 u. a. auch in Berlin im türkischen Generalkonsulat ausüben. So wurden mehrere Autokorsos durch die Stadt zum türkischen Generalkonsulat organisiert und Infostände sowie Kundgebungen mit gesellschaftskritischen Themen angemeldet und durchgeführt. Es kam jedoch auch zu unangemeldeten Versammlungen.

- Ca. 150 Personen versammelten sich am 16. Mai 2015 vor einer Moschee in Neukölln, um gemeinsam zum türkischen Generalkonsulat zu fahren und dort zu wählen. Es wurden auf der Straße vor der Moschee mehrere Fahrzeuge, zum Teil mit eingeschalteter Warnblinkanlage in zweiter Reihe parkend festgestellt. Diese waren alle mit Fahnen und Flyern der HDP geschmückt. Auf den Flyern stand (übersetzt): „Unsere Stimme der HDP - HDP in das Parlament“. Gemeinsam setzten sich die

---

<sup>3</sup>Demokratische Partei der Völker; Befürwortung von Minderheitenrechten; linke Ausrichtung; der HDP wird eine Nähe zur PKK bzw. nicht ausreichend deutliche Abgrenzung von der PKK vorgeworfen.

Personen mit den Pkw in einem Konvoi in Bewegung. Dabei hatten nahezu alle Fahrzeuge die Warnblinkanlage eingeschaltet und hielten Fahnen der HDP aus den Fenstern. Der Großteil beteiligte sich an einem Hupkonzert. Die Versammlung war nicht angemeldet.

In der Türkei wurden in der Hochphase des Wahlkampfes am 18. Mai 2015 Büros der HDP mit Bomben angegriffen. Hierzu erfolgte in Berlin eine Mobilisierung über die sozialen Medien, und es wurde in den Abendstunden des 18. Mai 2015 eine Eilversammlung mit 550 Teilnehmern durchgeführt.

Am 3. Juni 2015 wurde im Gebiet Bingöl ein Wahlkampfhelfer der HDP erschossen, am 5. Juni 2015 kam es bei Wahlveranstaltungen der HDP in der türkischen Stadt Diyarbakir zu zwei Explosionen mit zwei Toten und über 100 Verletzten. Daraufhin kam es zu gewalttätigen Protesten in der Türkei, in Deutschland wurden bundesweit Demonstrationen angemeldet. Bei dem am 6. Juni 2015 in Berlin durchgeführten Aufzug nahmen 1200 Personen teil. Es kam zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz.

Die Lage im zweiten Halbjahr 2015 war zu Beginn von einem Sprengstoffanschlag in der überwiegend kurdisch besiedelten Stadt Suruç am 20. Juli 2015 geprägt, welcher 34 Todesopfer forderte. Betroffen waren hier mehrheitlich Helferinnen und Helfer einer sozialistischen kurdischen Jugendorganisation, die sich auf Wiederaufbautätigkeiten in Kobane/Syrien vorbereiteten.

- Am 20. Juli 2015 wurde ein Spontanaufzug mit 1100 meist kurdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Kreuzberg durchgeführt. Im Streckenverlauf kam es mehrfach zu Provokationen der Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer durch das Zeigen türkischer Flaggen. Hierauf spitzte sich die Lage derart zu, dass es zu verbalen Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten kam. In einem Fall musste die provozierende Person durch einen

Polizeibeamten geschützt werden, welcher in der Folge körperlich angegriffen wurde. In einem anderen Fall wurde die provozierende Person mit einem Fußtritt und Fäusten angegriffen. Auch im Nahbereich von an der Wegstrecke befindlichen Moscheen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Versammlungsteilnehmern und Moscheebesuchern. Zur Verhinderung einer Eskalation der Auseinandersetzung wurden Polizeiketten gebildet, die mit körperlicher Gewalt sowie mit Stein- und Flaschenwürfen angegriffen wurden. Nur durch einen sofortigen und konsequenten Polizeieinsatz konnte eine weitere Eskalation unterbunden werden. Dabei kam es u. a. zu Landfriedensbrüchen, Widerstands- und Körperverletzungsdelikten sowie versuchten Gefangenbefreiungen.

Die Verhandlungen im Lösungsprozess der Kurdenfrage in der Türkei ruhten seit Ende Februar 2015, nach dem Anschlag von Suruç wurde der Waffenstillstand von türkischer Regierungs- und kurdischer PKK-Seite aufgekündigt und es kam zu gegenseitigen Angriffen und Anschlägen. Dies führte in Deutschland zu anlassbezogenen Protestkundgebungen PKK-naher bzw. linksgerichteter Organisationen.

Zu Beginn des Monats September 2015 wurden mehrere mobilisierungsstarke Demonstrationen auf türkischer und pro-kurdischer Seite in Berlin durchgeführt. Diese verliefen im Wesentlichen störungsfrei. In einzelnen Fällen kam es zu Störaktionen gegen politisch andersdenkende Passanten in Form von Unmutsäußerungen, körperlichen Auseinandersetzungen und dem Einsatz von Pyrotechnik, die jedoch durch konsequentes Eingreifen von vor Ort befindlichen Polizeikräften unterbunden werden konnten. Gewaltsame Auseinandersetzungen wurden im September 2015 regelmäßig erst im Nachgang zu den Versammlungen festgestellt und begründeten sich auch hier ausschließlich durch die sich feindlich gegenüberstehenden Gruppen. Dabei nahm die Intensität der Auseinandersetzungen sowohl in quantitativer, als auch in qualitativer

Hinsicht im zeitlichen Verlauf immer weiter zu. Im Anschluss an insgesamt drei mobilisierungsstarke Versammlungen konnten gefährdende Ereignisse bis hin zu Straftaten in Form von Verstößen gegen das Vereinsgesetz und Waffengesetz, Beleidigungen, Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte, einfache und gefährliche Körperverletzungsdelikte sowie Landfriedensbrüche und schwere Landfriedensbrüche festgestellt werden. In der Spitze konnte auf türkischer und kurdischer Seite jeweils ein Potential im unteren dreistelligen Bereich festgestellt werden.

Ab Oktober 2015 war die Situation in Berlin zunächst vom Wahlkampf zu den für den 1. November 2015 vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei geprägt. Hier lebende Stimmberechtigte konnten im Zeitraum vom 8. bis 25. Oktober 2015 ihr Wahlrecht ausüben. Die Versammlungsanmeldungen des Monats Oktober standen im Zeichen des Wahlkampfes und den hiermit einhergehenden Wohlverhaltensbestrebungen der kurdischen, hierunter auch der PKK-nahen Gemeinschaft Berlins. Innerhalb der gesamten kurdischen Gemeinschaft Berlins war ein Engagement für die prokurdische Partei HDP zu verzeichnen.

Am 10. Oktober 2015 kam es in Ankara/Türkei in zeitlicher und räumlicher Nähe zu einer Friedensdemonstration zur Detonation zweier Sprengsätze, welche über 100 Todesopfer und Verletzte im mittleren dreistelligen Bereich forderte. Eine in Berlin für denselben Tag zunächst zu einer anderen Thematik angemeldete Versammlung wurde in Gedenken an die Opfer störungsfrei durchgeführt.

Am 16. Dezember 2015 starteten ca. 10.000 Sondereinsatzkräfte der türkischen Polizei und der Gendarmerie bzw. des Militärs mit Panzern einen Großeinsatz gegen die PKK im Südosten der Türkei. Die Militäreinsätze fanden in kurdischen Städten statt, in denen schon vorher tagelange Ausgangssperren galten. Die Kämpfer der PKK leisteten erheblichen Widerstand und reagierten mit Vergeltungsschlägen auf die Angriffe der türkischen Armee.

Im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Lage in der Türkei wurden im Dezember 2015 in Berlin mehrere stationäre Versammlungen angemeldet und in der überwiegenden Zahl vor politisch bedeutenden Institutionen, wie dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium des Innern, dem Deutschen Bundestag oder an touristisch stark frequentierten Orten, störungsfrei abgehalten.

#### Israel-Palästinenser-Konflikt

Im Jahr 2015 gab es nur eine geringe Anzahl an Versammlungen im Themenzusammenhang Nahost-Konflikt. Diese bezogen sich in der ersten Jahreshälfte auf die aktuelle Situation der Palästinenser im syrischen Flüchtlingslager Al-Yarmouk/Damaskus, welches von Extremisten des IS eingeschlossen wurde und bis Anfang April 2015 unter dessen Kontrolle stand. Diese Versammlungen verliefen störungsfrei.

Der diesjährige Al-Quds-Tag verlief am 11. Juli 2015 mit insgesamt 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ebenfalls weitestgehend störungsfrei. Entlang der Aufzugsstrecke wurde mehrfach versucht, von außen auf den Aufzug einzuwirken. Hierbei kam es wiederholt zu wechselseitigen verbalaggressiven Konfrontationen; körperliche Auseinandersetzungen konnten unter Anwendung unmittelbaren Zwangs verhindert werden. Durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden emotional themenbezogene Sprechchöre skandiert und Plakate gezeigt. An den vier Gegenversammlungen nahmen insgesamt knapp 900 Personen teil.

Im Oktober 2015 war eine Zunahme der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern, welche wechselseitig mit Waffen ausgetragen wurden, zu verzeichnen. Der Hintergrund für diese erneute Gewalteskalation lag im Streit um die Nutzung des Tempelbergs in Jerusalem und den erschwerten Zugang für Palästinenserinnen und Palästinenser nach Ost-Jerusalem. Dies führte zu einer Steigerung der

Versammlungsanmeldungen, die vornehmlich die Ereignisse in Palästina bzw. das Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte thematisierten. Diese Versammlungen verliefen störungsfrei.

Als Novum war im November 2015 die Versammlungsanmeldung zum Thema „Freiheit für Kurdistan! Freiheit für Palästina!“ zu verzeichnen, da hier die politisch aktuellen Situationen zweier Volksgruppen gemeinsam thematisiert wurden. Dieser Aufzug verlief weitestgehend störungsfrei. Noch im Bereich des Antreteeplatzes erfolgte durch zwei außenstehende Personen eine Provokation der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch das Zeigen von Israel-Fahnen, worauf ein Großteil der Teilnehmer auf diese beiden Personen zu rannte. Durch eingesetzte Polizeikräfte konnten diese zurückgedrängt werden. Im weiteren Verlauf des Aufzugs wurden mehrfach Parolen skandiert, die zum einen aufgrund der PKK-Thematik dem Vereinsgesetz unterlagen und zum anderen israelkritisch waren. Es kam zu einem Wurf von Pyrotechnik aus dem hinteren Teil des Aufzugs.

#### Asyl- und Flüchtlingsthematik

Mit Anstieg der Flüchtlingszahlen war im Jahre 2015 ein Anstieg an Hinweisen auf hier eingereiste Personen, die im Rahmen des syrischen Bürgerkriegs an Kampfhandlungen der unterschiedlichsten Konfliktparteien beteiligt gewesen sein sollen, zu verzeichnen. Hierbei gilt es Handlungen beweisfähig zu ermitteln, die dem internationalen Völkerstrafrecht unterliegen könnten. Hinweise, die zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft führten und mit deren Bearbeitung dann der Polizeiliche Staatsschutz des LKA Berlin beauftragt worden wäre, waren nicht zu verzeichnen.

## 7.1.2 Ausgewählte Sachverhalte

### Versuchter Mord

Am 9. Mai 2015 wurden die beiden mongolischen Geschädigten von fünf Tätern südländischen Aussehens in Mitte aus dem Abteil einer U-Bahn geschubst bzw. getreten, nachdem sie durch die Gruppe auf einem anderen U-Bahnhof bereits fremdenfeindlich beleidigt und mit einem Messer bedroht worden waren. In der Folge kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den Tätern und den Geschädigten. Einer der Geschädigten schaffte es, den Haupttäter mit dem Messer zu Boden zu schlagen. Daraufhin holte dieser zu einem kraftvollen Aufwärtsstoß aus und stach dem Geschädigten mit dem Messer in den Bauch. Ein weiterer Täter trat auf den taumelnden Geschädigten ein und schubste ihn anschließend mit voller Wucht in das Gleisbett, wo dieser auf der Stromschiene landete. Der Geschädigte schaffte es, allein aus dem Gleisbett herauszuklettern. Die Täter wurden durch den zweiten Geschädigten von der weiteren Tatausführung abgehalten, indem dieser Steine aus dem Gleisbett holte und diese auf die Täter warf. Daraufhin flüchteten die Täter. Das Messer konnte auf einem Treppenabsatz in Fluchtrichtung aufgefunden und beschlagnahmt werden. Die Täter konnten namhaft gemacht und vier Haftbefehle erwirkt werden. Die Ermittlungen ergaben zudem, dass die fünfte Person, die zunächst ebenfalls als Täter bezeichnet wurde, nicht an der Tat beteiligt war. Nach Jugendstrafrecht wurden die beiden Haupttäter zu 3 Jahren und 9 Monaten Haftstrafe verurteilt. Die beiden Mittäter wurden jeweils zu 1 Jahr und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Urteil ist bislang noch nicht rechtskräftig.

### Schwere Brandstiftung

Am 4. Oktober 2015 konnten durch einen Zeugen in Kreuzberg Flammen in einem zum Hof führenden Kellerfensterschacht unterhalb eines Fensters des Büros der HDP festgestellt

werden. Die Flammen konnten vor Antreffen der Feuerwehr durch unbekannte Anwohnerinnen oder Anwohner gelöscht werden. Wenig später wurden ein Knall und erneuter Benzingeruch vernommen. Es konnten Flammen am Küchenfenster des HDP-Büros im Erdgeschoss festgestellt und gelöscht werden, die Feuerwehr wurde nur präventiv tätig. Das untere Fensterbrett hatte gebrannt, Personen wurden nicht verletzt. Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss werden durch die HDP Berlin genutzt und wurden erst in den Abendstunden des 3. Oktober 2015 feierlich eröffnet. Zum Zeitpunkt des Brandes befanden sich keine Personen in den Räumlichkeiten. In den oberen Etagen des Wohnhauses befinden sich Wohnungen. Tatverdächtige wurden nicht ermittelt.

### 7.1.3 Prognose

Die politische Situation in der Türkei bzw. in Kurdistan und Änderungen der politischen Lage wirken sich unmittelbar auf die Situation in Deutschland aus und führen direkt zu Reaktionen innerhalb der kurdischen Gemeinschaft in Deutschland und in Berlin. Eine Entspannung gerade mit Hinblick auf die seit Sommer 2015 eingesetzte Gewaltspirale wird hier als nicht wahrscheinlich erachtet. Es ist daher weiterhin ein anlassbezogenes Versammlungsgeschehen und damit einhergehend die Begehung politisch motivierter Straftaten der kurdischstämmigen Bevölkerung und der linken Unterstützerszene in Berlin zu erwarten.

Der Nahost-Konflikt beinhaltet auch ohne ein aktuelles Aufflammen aufgrund des grundsätzlich sehr gespannten Verhältnisses zwischen Palästina und Israel eine hohe Brisanz. Auch in Berlin sind diese Spannungen weiterhin mehr oder weniger offen vorhanden und werden unterschwellig mit Unterstützung arabischer Medien weiter gepflegt, um diese bei einem hierfür geeigneten Anlass wieder in die Öffentlichkeit zu tragen. Derartige Schwankungen waren auch in der Vergangenheit bei den jeweiligen Eskalationen des Konflikts zu verzeichnen. Sollte der Nahost-Konflikt erneut aufflammen,

ist unverzüglich mit einer erneuten Thematisierung in Form von Demonstrationen und damit einhergehenden Straftaten zu rechnen.

Im Zusammenhang mit dem fortgesetzten Zustrom von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden nach Deutschland ist auch weiterhin mit Hinweisen auf Personen zu rechnen, die sich an Kampfhandlungen im syrischen Bürgerkrieg beteiligt haben sollen und die auf Anhalte für mutmaßliche Verstöße nach dem Völkerstrafrecht überprüft werden müssen.

## 7.2 Islamistischer Extremismus/Terrorismus

### 7.2.1 Besondere Entwicklungen

Der im Sommer 2014 ausgerufene „Islamische Staat“ (IS) konnte sich derzeit operativ als stärkste terroristische Organisation in der arabischen Krisenregion etablieren. Insbesondere durch seine Propaganda- und Rekrutierungserfolge stellt der IS die derzeit größte Herausforderung in diesem Phänomenbereich dar.

Die anhaltende Rivalität zwischen dem IS und Kern-Al Qaida stellt eine zusätzliche Gefahr dar. Den Gruppierungen dürfte daran gelegen sein, durch herausragende Anschläge in westlichen Staaten oder gegen deren Interessen ihren Anspruch zur Führung des weltweiten Jihad zu behaupten. So wurden die Anschläge in Paris vom Februar und November 2015 durch den IS entsprechend propagandistisch verwertet.

Wie bereits in den Berichtsjahren 2013 und 2014 haben sich die Ausreisen deutscher Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland auch im Jahr 2015 auf die Region Syrien/Irak konzentriert. So liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 800 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des „Islamischen Staates“ und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Insgesamt zeichnet sich eine

verringerte Ausreisedynamik ab. Etwa ein Fünftel der gereisten Personen ist weiblich. Der überwiegende Teil der insgesamt gereisten Personen ist jünger als 30 Jahre. Nicht in allen Fällen liegen Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien/Irak aufhalten oder aufgehalten haben.

Etwa ein Drittel dieser gereisten Personen befindet sich momentan wieder in Deutschland. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine belastbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien/Irak beteiligt haben. Als Ergebnis der kontinuierlichen Aus- und Bewertung der Erkenntnislage zu zurückgekehrten Personen liegen den Sicherheitsbehörden aktuell zu über 70 Personen Erkenntnisse vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben. Ferner liegen zu ca. 130 Personen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind. Nach derzeitiger Bewertung der Berliner Sicherheitsbehörden sind Personen im unteren dreistelligen Bereich aus Berlin nach Syrien/Irak ausgereist.

Besondere Relevanz für die Polizei Berlin kommt im Zusammenhang mit dem IS den „Rückkehrern“ zu, insbesondere wenn diese sich in einem terroristischen Ausbildungslager aufgehalten haben und aktiv an entsprechenden Kampfhandlungen beteiligt waren und sich hierdurch entsprechende Fertigkeiten angeeignet haben.

Die Zahl der bekanntgewordenen Rückkehrer aus Berlin liegt derzeit im unteren zweistelligen Bereich, die Anzahl der darunter befindlichen, bekannt gewordenen Kämpfer bewegt sich im mittleren einstelligen Bereich. Im LKA Berlin werden in diesem Zusammenhang zahlreiche Strafverfahren wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Passgesetz sowie wegen des Verdachts der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten nach § 89a StGB geführt.

Auch angesichts der aktuellen Zuwanderungsbewegungen nach Deutschland ist nicht auszuschließen, dass sich unter den geflüchteten Menschen bzw. Asylbegehrenden auch Kriegsverbrecher, Mitglieder militanter Gruppen bzw. terroristischer Organisationen oder Einzelpersonen mit einer extremistischen Gesinnung befinden könnten, welche z. B. gezielt nach Europa bzw. Deutschland eingeschleust werden bzw. einreisen, um Anschläge zu begehen oder vorzubereiten. Andere könnten die Möglichkeit nutzen, um sich von einer terroristischen Organisation abzusetzen, ohne Anschläge begehen wollen. Die Polizei Berlin hat mehrere Hinweise auf derartige Personen erhalten. Diesen wird in jedem Einzelfall unverzüglich nachgegangen, das führte bisher zur Einleitung von Ermittlungsverfahren gem. § 89a StGB im unteren einstelligen Bereich.

Zwei Attentäter der Anschläge in Paris vom 13. November 2015 sind im Flüchtlingsstrom unter Nutzung von Falschpersonalien nach Europa eingereist. Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder berücksichtigen diesen Umstand im Rahmen der Hinweisbearbeitung und der zu treffenden Maßnahmen. So resultierten aus dem Anschlag auch in Berlin umfassende Ermittlungsmaßnahmen, und es wurde rund 200 Hinweisen unterschiedlicher Wertigkeit nachgegangen.

#### 7.2.2 Ausgewählte Sachverhalte

##### Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland/Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Am 16. Januar 2015 wurde im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen der Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin gegen den 42-jährigen türkischen Staatsangehörigen Ismet D. wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vollstreckt. Im Rahmen einer Haftprüfung am 5. Februar 2015 wurde D. zunächst aus der Untersuchungshaft entlassen und der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Im weiteren Verlauf legte die Generalstaatsanwaltschaft gegen die Außervollzugsetzung des Haftbefehls

Beschwerde ein, die Beweismittelauswertung lief währenddessen unter hohem Ressourceneinsatz bei der Polizei Berlin weiter. Am 6. März 2015 wurde D. erneut verhaftet, nachdem ein neuer Haftbefehl beim Landgericht Berlin erlassen worden war. Derzeit läuft die Hauptverhandlung vor dem Kammergericht Berlin. Dem Angeklagten Ismet D. wird vorgeworfen, gemeinschaftlich handelnd mit Emin F. Personen logistisch und finanziell unterstützt zu haben, die mit dem Ziel der Teilnahme an Kampfhandlungen nach Syrien ausgereist sind.

#### Tod des Rafik Y.

Einen herausragenden Einzelfall stellt der Fall des gebürtigen Iraker Rafik Y. dar, der nach Verbüßung einer achtjährigen Freiheitsstrafe seit seiner Haftentlassung im Jahr 2013 unter Führungsaufsicht stand und mit einer elektronischen Fußfessel überwacht wurde. Insgesamt trat er im Folgenden 20 Mal als Tatverdächtiger u. a. von Bedrohungs- und Beleidigungstaten in Erscheinung. Y. wurde am 17. September 2015 nach einem Messerangriff auf eine Polizeibeamtin durch Schüsse im Rahmen der Nothilfe getötet. Rafik Y. ist durch das Landeskriminalamt Berlin mit den rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln intensiv beobachtet und betreut worden. In diesem Zusammenhang wurden durch das Landeskriminalamt Berlin rund 17 Gefährderansprachen mit ihm geführt. Eine psychologisch bedingte Gefährlichkeit des Rafik Y. wurde zu keiner Zeit abschließend festgestellt. Seit seiner Haftentlassung konnte keine Einbindung in die islamistische Szene Berlins festgestellt werden und auch die Ermittlungen erbrachten keine Hinweise auf eine jihadistische Tatmotivation.

### 7.2.3 Prognose

Im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität stellt sich der islamistische Terrorismus nach wie vor als anhaltende Bedrohung dar. Deutsche Interessen im In- und Ausland sind erklärtes und tatsächliches Ziel jihadistisch motivierter Gewalt. Für diese besteht damit auch weiterhin eine hohe abstrakte Gefährdung, die sich jederzeit in Form von sicherheitsrelevanten Ereignissen bis hin zu Anschlägen konkretisieren kann.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Auseinandersetzungen in der Region Syrien/Irak werden auch weiterhin Islamisten aus dem Berliner Raum versuchen, in diese Kriegsgebiete auszureisen, um sich dort aktiv an Kampfhandlungen zu beteiligen oder um als humanitäre Hilfe deklarierte, monetäre und logistische Unterstützung für jihadistische Gruppierungen und Organisationen zu leisten. Auch im Jahr 2016 wird bundesweit weiterhin die oberste Priorität sein, derartige Ausreisen in Kriegsgebiete zu verhindern.

Obwohl derzeit ein Rückgang der Anzahl von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden verzeichnet werden kann, ist weiterhin mit einem Zustrom zu rechnen. Grundsätzlich ist eine Veränderung der dargestellten derzeitigen Lage im Bereich islamistischer Extremismus/Terrorismus nicht zu erwarten. Vielmehr zeichnet sich ein stetig wachsendes islamistisches Personenpotenzial ab. Dabei kommt sozialen Netzwerken im Rahmen der Propaganda, Radikalisierung, Vernetzung und Rekrutierung von Personen nach wie vor besondere Bedeutung zu.

## 8 Sonstige/Nicht zuzuordnen

### 8.1 Besondere Entwicklungen

#### 8.1.1 Asylthematik und Flüchtlingspolitik

Auch im Berichtsjahr führte die unverminderte Einreise von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden und damit einhergehend die Errichtung weiterer Unterkünfte und vor allem die Umwidmung von Sporthallen zu Flüchtlingsunterkünften nicht nur zur Begehung von Resonanztaten in den Phänomenbereichen PMK - rechts und PMK - links, sondern es wurden auch Fälle registriert, die keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden konnten. Darüber hinaus nahmen sowohl an Versammlungen gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften oder BÄRGIDA-Versammlungen als auch an den entsprechenden Gegendemonstrationen Personen des bürgerlichen Spektrums teil und begingen dabei auch politisch motivierte Straftaten.

- Anlässlich der ersten BÄRGIDA-Versammlung am 5. Januar 2015 in Mitte und damit im Zusammenhang stehender Gegendemonstrationen, z. B. „Neujahrsspaziergang gegen Rassismus“, begaben sich in der Spitze bis zu 300 Gegendemonstranten nicht nur aus der linken Szene auf eine Kreuzung und blockierten diese, so dass der BÄRGIDA-Aufzug nicht durchgeführt werden konnte. Trotz mehrfacher Aufforderung, die Kreuzung zu verlassen, verblieben die Personen dort. Im Rahmen von anschließenden Abdräng- und Räumungsmaßnahmen hakten sich die Personen unter und verhinderten so das Freiräumen der Kreuzung.

Im Juni 2015 ertranken mehrere hundert Menschen auf der Flucht aus den Krisengebieten im Mittelmeer. Dies führte zu zahlreichen Demonstrationen und politisch motivierten Straftaten. So wurden im gesamten Stadtgebiet aus Gehwegplatten oder anderen Gegenständen Grabstellen errichtet, um an die ertrunkenen Flüchtlinge zu erinnern. Die

Aktion ging auf eine Initiative der Künstlergruppe „Zentrum für politische Schönheit“ zurück, die stadtweit zahlreiche Nachahmer fand.

- Im Rahmen des Aufzuges „Mahnwache für die ertrunkenen Flüchtlinge im Mittelmeer“ am 21. Juni 2015 rissen mehrere Personen den um die Rasenfläche vor dem Reichstagsgebäude aufgestellten Bauzaun um und begannen, symbolische Grabstellen auszuheben. Dabei kam es auch zu Angriffen auf eingesetzte Polizeikräfte.

### 8.1.2 Griechenland

Im Juli 2015 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Eurozone Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen über ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland, die drastische Sparmaßnahmen beinhalteten. Dies führte in Berlin zu zahlreichen Protesten. Die größte Demonstration fand am 3. Juli 2015 in den Ortsteilen Kreuzberg und Mitte statt. Darüber hinaus kam es im Zusammenhang mit dem europäischen Diskurs über die griechische Staatsverschuldung zu Sachbeschädigungen und Beleidigungen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung, die keinem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten:

- Am 27. August 2015 ging in der Poststelle des Deutschen Bundestages ein Briefumschlag ohne Inhalt und ohne erkennbares Briefzentrum ein. Dieser war mit Zeitungsartikeln beklebt, die sich inhaltlich mit der griechischen Staatsverschuldung beschäftigten. Des Weiteren war der Umschlag mit handschriftlichen Beleidigungen zum Nachteil der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers versehen.

Seit der Zustimmung zu einem dritten Hilfspaket im August 2015 waren keine politisch motivierten Straftaten mehr im Themenzusammenhang zu verzeichnen.

### 8.1.3 Tierschutz/Tierrecht/Jagd

Der militante Tierschutz stellte sich in den vergangenen Jahren durchaus facettenreich dar, wobei sich - zumindest in Berlin - das Tragen von echten Tierpelzen und die Jagd als Hauptaktionsfelder herauskristallisierten. Aber auch die Massentierhaltung und daraus resultierend der Verzehr von Fleisch führten im Berichtsjahr zu vereinzelt Aktionen mit strafrechtlicher Relevanz.

- Am 28. März 2015 versammelten sich mehrere Greenpeace-Aktivisten vor einer McDonalds Filiale in Kreuzberg und demonstrierten gegen Massentierhaltung und Gentechnik. Sie führten ein Plakat, ein Transparent und zahlreiche Flyer mit. Zudem wurden mit Sprühkreide Texte und Symbole zu dieser Thematik auf den Gehweg sowie die Fahrbahn aufgetragen und ein Plakat im Mc Donalds Restaurant angebracht.
- Unbekannte Täter setzten am 12. Oktober 2015 mehrere Jagdhochstände in Brand bzw. beschädigten diese durch Ansägen der Sprossen. An einem Jagdstand waren die Schriftzüge „Hier morden Bastarde“ und „Mörder! Wir kriegen Dich!“ angebracht.

### 8.1.4 Umweltschutz

Die seit Jahren geforderte Beendigung der Nutzung von Kernenergie und fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung führte auch im Berichtsjahr zu Protestaktionen und damit einhergehend zu politisch motivierten Straftaten. Vor allem die Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ machte durch zum Teil medienwirksame Aktionen bspw. auf die Kohlepolitik der Bundesregierung aufmerksam.

- Am 26. April 2015 versammelten sich an der Zufahrt zum Bundeskanzleramt in Mitte mehrere Personen der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“, die zum Thema

„Kohlekraft stoppen“ eine nicht angemeldete Versammlung durchführten. Dabei wurde ein Transparent mit themenbezogener Aufschrift mitgeführt.

- Am 15. Juni 2015 versammelten sich mehrere Personen der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Tiergarten, um zu den Themen „Klimaschutz“ und „Kohleausstieg“ zu demonstrieren. Die Versammlung war nicht angemeldet.

## 8.2 Ausgewählte Sachverhalte

### Gefährliche Körperverletzung mit homophober Motivation

Die beiden geschädigten Männer liefen am 24. Juli 2015 in Prenzlauer Berg Hand in Hand, als ihnen eine Gruppe von Fußballfans entgegen kam. Auf gleicher Höhe kam es zu einer Berührung zwischen einem Geschädigten und dem Beschuldigten. Daraufhin äußerte sich dieser homophob. Bei dem Versuch den Beschuldigten zu beruhigen, erhielt der Geschädigte mehrere Schläge ins Gesicht.

### Gefährliche Körperverletzung

Im Anschluss an den Bärgraben-Aufzug und die Gegenveranstaltungen kam es am 31. August 2015 im Hauptbahnhof zu einem Aufeinandertreffen ehemaliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Demonstrationen und damit einhergehend zu Auseinandersetzungen. Dabei wurde Reizgas eingesetzt, und es kam zu mehreren gegenseitigen Körperverletzungen.

### 8.3 Prognose

Sowohl die fortgesetzte Zuwanderung von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden als auch Themen, wie Umwelt- und Tierschutz oder geplante größere Verkehrsprojekte, werden weiterhin Einfluss auf die Entwicklung des Fallaufkommens im Bereich „Sonstige/Nicht zuzuordnen“ haben.

Erfahrungsgemäß wird auch die am 18. September 2016 anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus für ein erhöhtes Fallaufkommen im Bereich der politisch motivierten Straftaten sorgen.

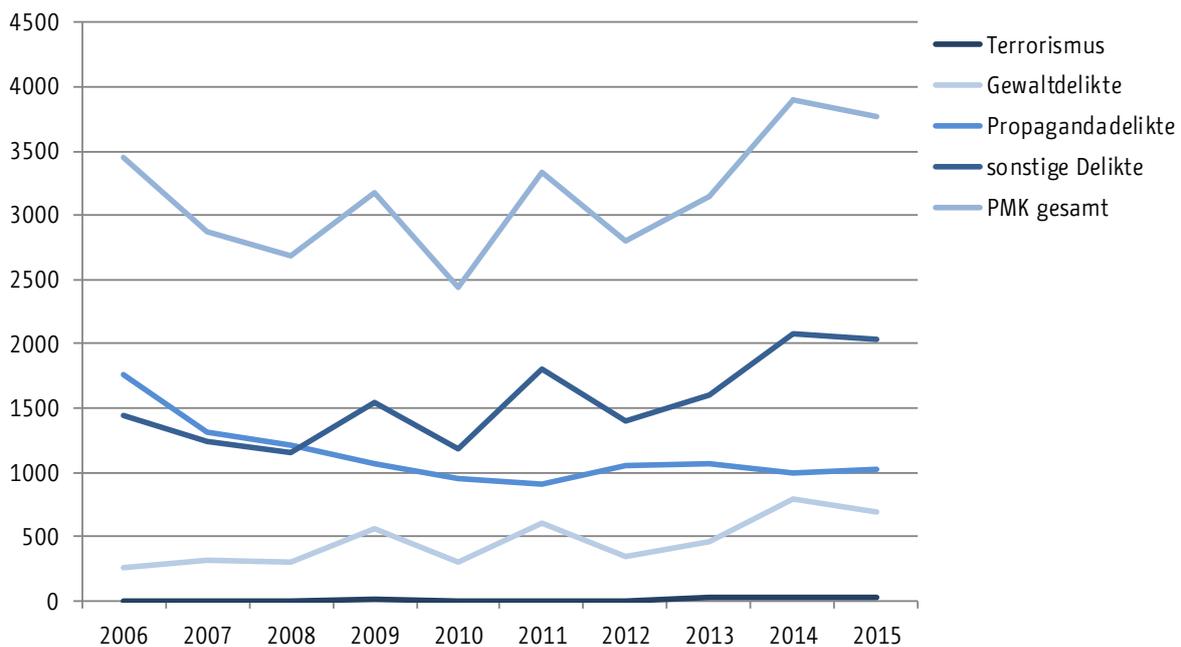
Internationale Krisen bzw. herausragende Ereignisse gehen in der Regel mit einem erhöhten Demonstrationsgeschehen einher. Dies könnte ebenfalls Auswirkungen auf das Fallaufkommen im Jahr 2016 haben.

## 9 Anhang

### 9.1 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität

#### 9.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Terrorismus	2	2	4	8	7	4	5	22	25	25
Gewaltdelikte	255	320	306	559	306	609	350	464	796	693
Propagandadelikte	1756	1314	1212	1066	948	909	1049	1066	994	1020
sonstige Delikte	1441	1238	1160	1542	1182	1811	1403	1597	2082	2032
<b>PMK gesamt</b>	<b>3454</b>	<b>2874</b>	<b>2682</b>	<b>3175</b>	<b>2443</b>	<b>3333</b>	<b>2807</b>	<b>3149</b>	<b>3897</b>	<b>3770</b>



Fallaufkommen PMK gesamt nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

9.1.2 Fallaufkommen gegen Asylunterkünfte in den Deliktsbereichen aller Phänomenbereiche

	2014			2015		
	R	S	ges	R	S	ges
<b>PMK gegen Asylunterkünfte gesamt</b>	<b>34</b>	<b>5</b>	<b>39</b>	<b>45</b>	<b>13</b>	<b>58</b>
↪ Gewaltdelikte	6	0	6	11	1	12
↪ Brandstiftung	1	0	1	3	0	3
↪ Körperverletzung	2	0	2	8	1	9
↪ Landfriedensbruch	1	0	1	0	0	0
↪ Herbeiführung Sprengstoffexplosion	2	0	2	0	0	0

**Fallaufkommen PMK gesamt gegen Asylunterkünfte**

**Legende:**

R = PMK - rechts

S = Sonstige/Nicht zuzuordnen

In den Phänomenbereichen PMK - links und PMAK war kein derartiges Fallaufkommen zu verzeichnen.

### 9.1.3 Tatverdächtige PMK

	<b>2014</b>	<b>2015</b>
<b>PMK</b>	2232	2145
↪ männlich	1859	1818
↪ weiblich	373	327
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	570	565
↪ männlich	478	484
↪ weiblich	92	81

Anzahl der Tatverdächtigen PMK nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

### 9.1.4 Opfer von Gewaltdelikten PMK

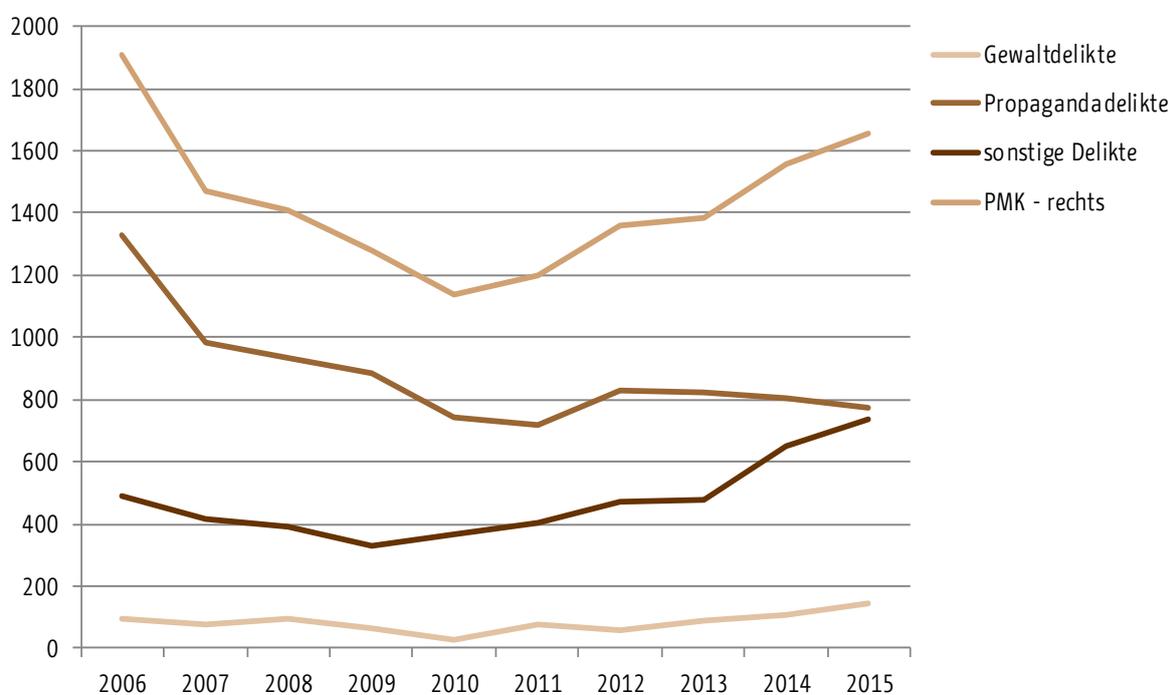
	<b>2014</b>	<b>2015</b>
männlich	186	126
weiblich	30	27
unbekannt	3	5
<b>Gesamt</b>	<b>219</b>	<b>158</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PMK nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 9.2 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität - rechts

### 9.2.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gewaltdelikte	96	74	92	64	28	74	60	88	108	143
Propagandadelikte	1329	982	931	884	745	717	831	822	802	774
sonstige Delikte	487	416	389	330	367	406	471	477	650	738
<b>PMK - rechts</b>	<b>1912</b>	<b>1472</b>	<b>1412</b>	<b>1278</b>	<b>1140</b>	<b>1197</b>	<b>1362</b>	<b>1387</b>	<b>1560</b>	<b>1655</b>

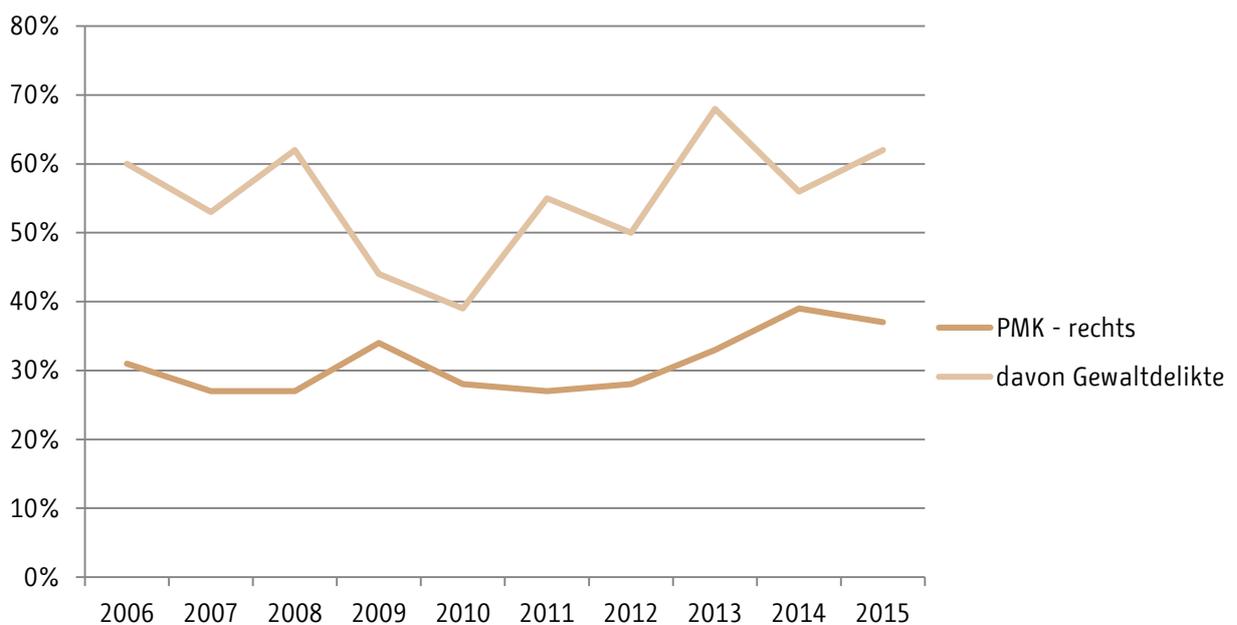


Fallaufkommen PMK - rechts nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

### 9.2.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PMK - rechts	1912	1472	1412	1278	1140	1197	1362	1387	1560	1655
↳ geklärt	597	397	381	430	317	327	376	452	614	607
Aufklärungsquote	31%	27%	27%	34%	28%	27%	28%	33%	39%	37%
↳ Gewaltdelikte	96	74	92	64	28	74	60	88	108	143
↳ geklärt	58	39	57	28	11	41	30	60	61	88
Aufklärungsquote	60%	53%	62%	44%	39%	55%	50%	68%	56%	62%

Fallaufkommen PMK - rechts mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

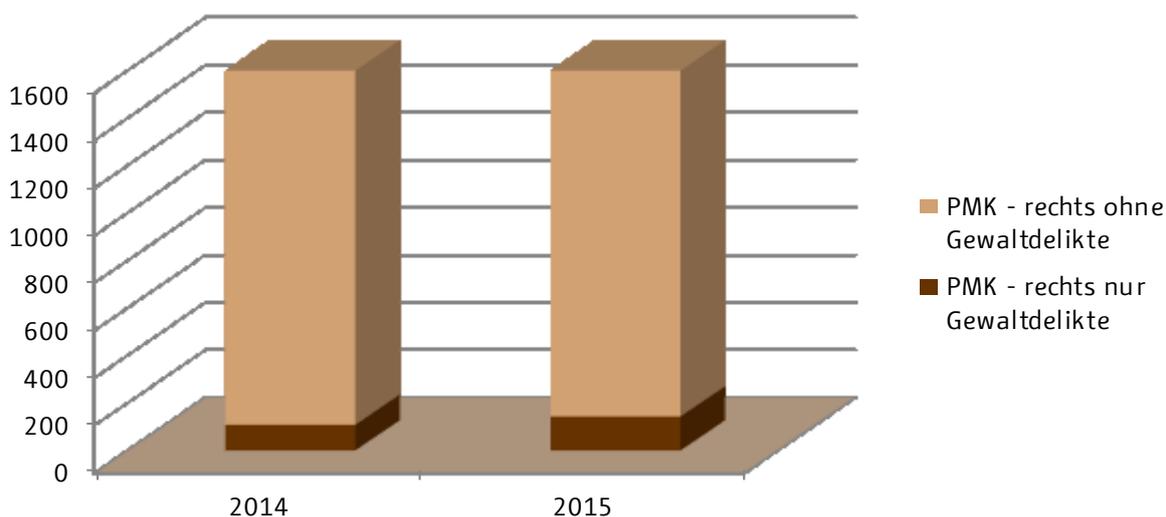


Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

### 9.2.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – rechts

	2014	2015	Entwicklung
PMK - rechts	1560	1655	6%
↪ antisemitisch	189	151	-20%
↪ Ausländer-/Asylthematik	216	412	91%
↪ gegen Asylunterkünfte	34	45	32%
↪ fremdenfeindlich	544	760	40%
↪ gegen links	87	101	16%
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	108	143	32%
↪ antisemitisch	3	5	- / -
↪ Ausländer-/Asylthematik	21	40	90%
↪ gegen Asylunterkünfte	6	11	83%
↪ fremdenfeindlich	68	99	46%
↪ gegen links	21	28	33%

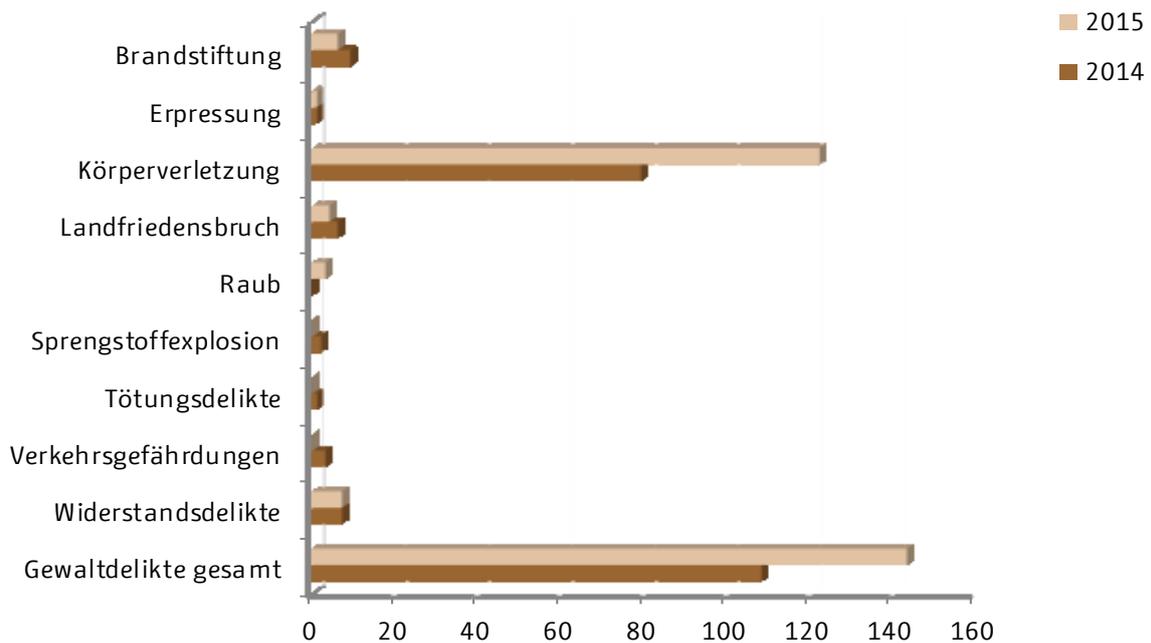
Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen der PMK - rechts im direkten Jahresvergleich



Darstellung des Anteils der Gewaltdelikte am Gesamtaufkommen PMK - rechts

#### 9.2.4 Fallaufkommen PMK – rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Brandstiftung	9	6
Erpressung	1	1
Körperverletzung	79	122
Landfriedensbruch	6	4
Raub	0	3
Sprengstoffexplosion	2	0
Tötungsdelikte	1	0
Verkehrsgefährdungen	3	0
Widerstandsdelikte	7	7
<b>Gewaltdelikte gesamt</b>	<b>108</b>	<b>143</b>

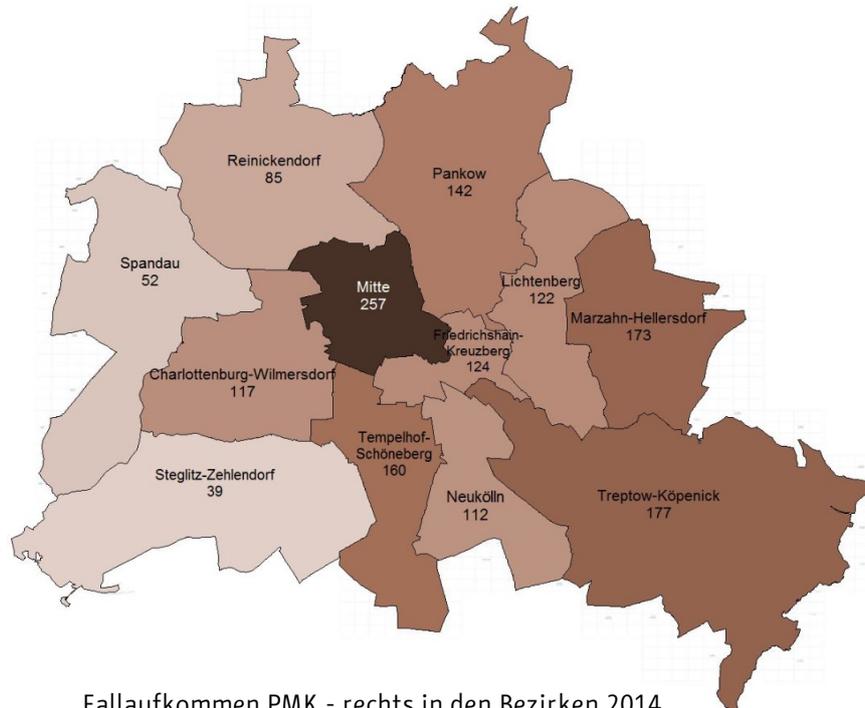


Fallaufkommen PMK - rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte im direkten Jahresvergleich

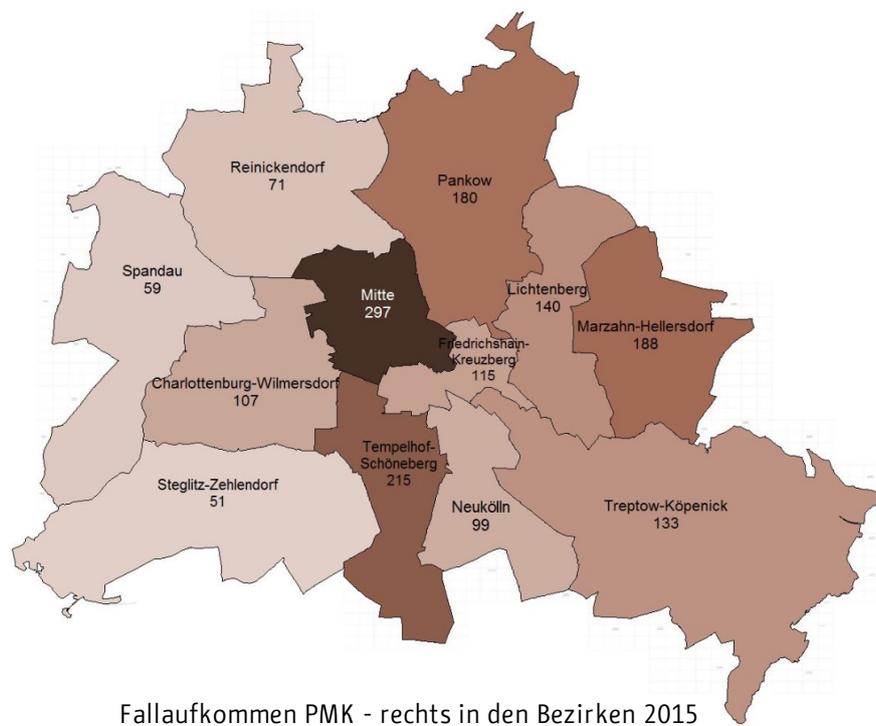
### 9.2.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – rechts in den Bezirken

	PMK - rechts		☞ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Charlottenburg-Wilmersdorf	117	107	6	9
Friedrichshain-Kreuzberg	124	115	7	11
Lichtenberg	122	140	14	14
Marzahn-Hellersdorf	173	188	15	25
Mitte	257	297	18	29
Neukölln	112	99	11	7
Pankow	142	180	7	19
Reinickendorf	85	71	1	7
Spandau	52	59	3	4
Steglitz-Zehlendorf	39	51	3	2
Tempelhof-Schöneberg	160	215	7	8
Treptow-Köpenick	177	133	16	8
<b>Berlin gesamt</b>	<b>1560</b>	<b>1655</b>	<b>108</b>	<b>143</b>

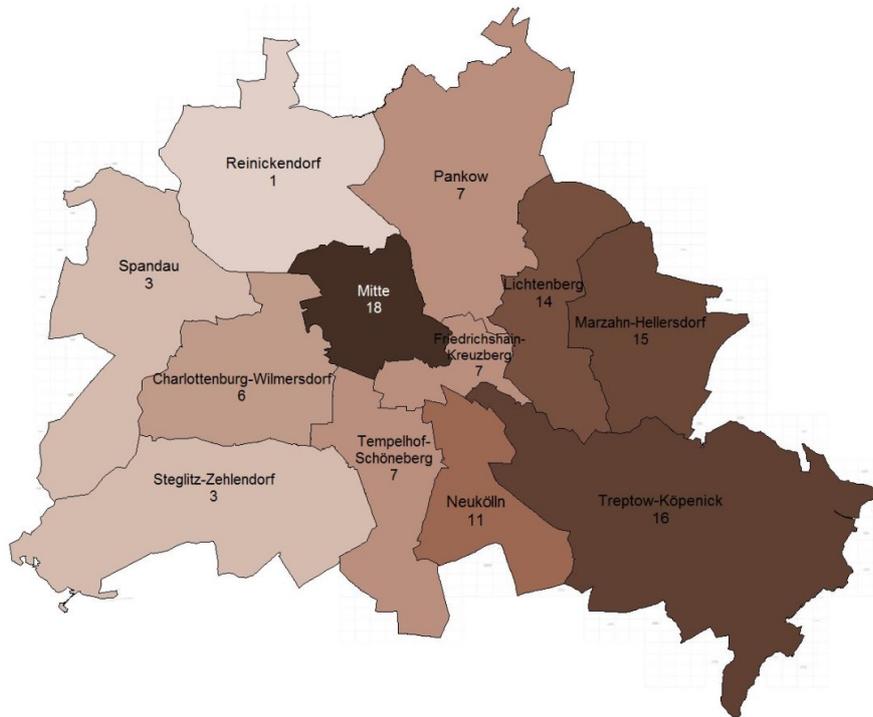
Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken im direkten Jahresvergleich



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2014



Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken 2015



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - rechts in den Bezirken 2014



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - rechts in den Bezirken 2015

### 9.2.6 Tatverdächtige PMK – rechts

	2014	2015
PMK - rechts	723	799
↪ männlich	657	734
↪ weiblich	66	65
↪ Gewaltdelikte	97	170
↪ männlich	89	151
↪ weiblich	8	19

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - rechts nach Geschlecht  
im direkten Jahresvergleich

### 9.2.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – rechts

	PMK - rechts		↪ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Einzeltäter	323	291	44	64
2 Täter	19	20	7	10
3 - 5 Täter	12	18	4	9
6 - 10 Täter	7	5	2	2
über 10 Täter	64	64	4	3
unbekannt	3	2	0	0
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>428</b>	<b>400</b>	<b>61</b>	<b>88</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - rechts bezogen  
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

### 9.2.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – rechts

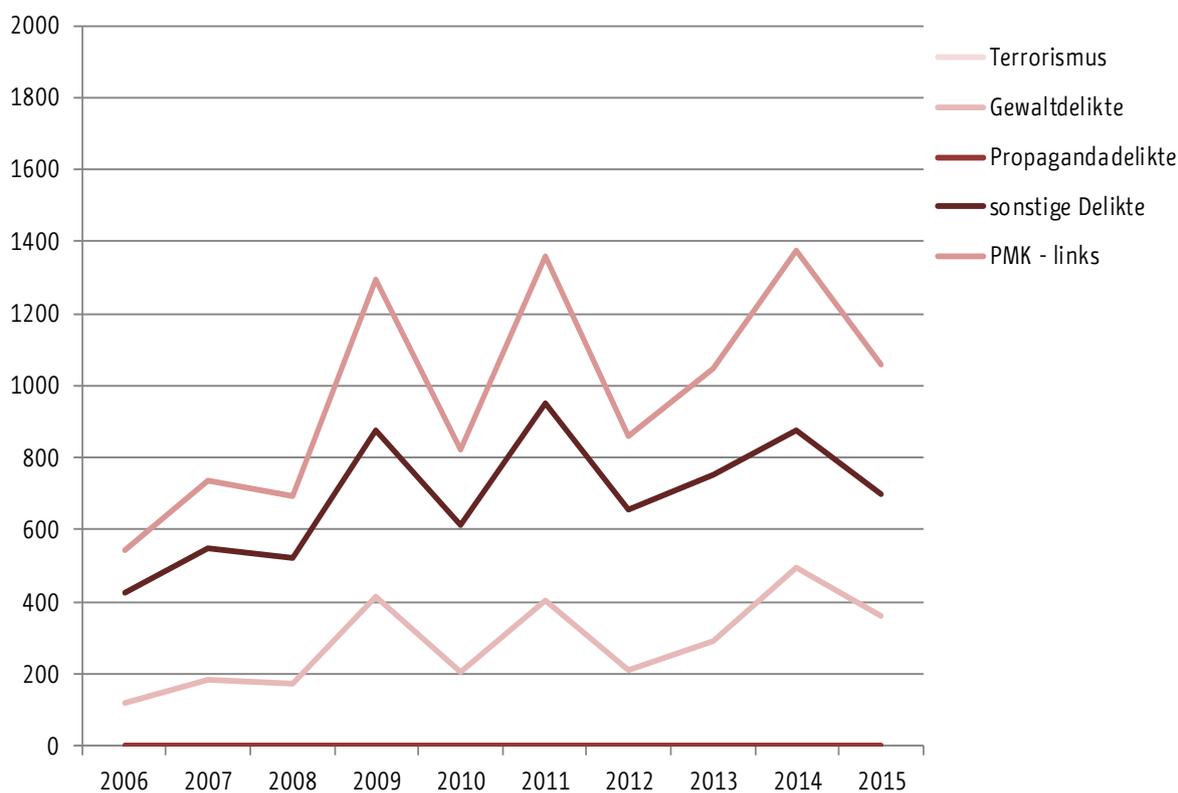
	2014	2015
männlich	64	128
weiblich	22	25
unbekannt	0	3
<b>Gesamt</b>	<b>86</b>	<b>156</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - rechts  
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 9.3 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links

### 9.3.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – links

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Terrorismus	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewaltdelikte	117	186	171	415	206	406	208	292	496	361
Propagandadelikte	1	0	0	0	0	0	0	1	2	2
sonstige Delikte	423	550	521	878	614	952	654	752	875	696
<b>PMK - links</b>	<b>543</b>	<b>737</b>	<b>692</b>	<b>1293</b>	<b>820</b>	<b>1358</b>	<b>862</b>	<b>1045</b>	<b>1373</b>	<b>1059</b>



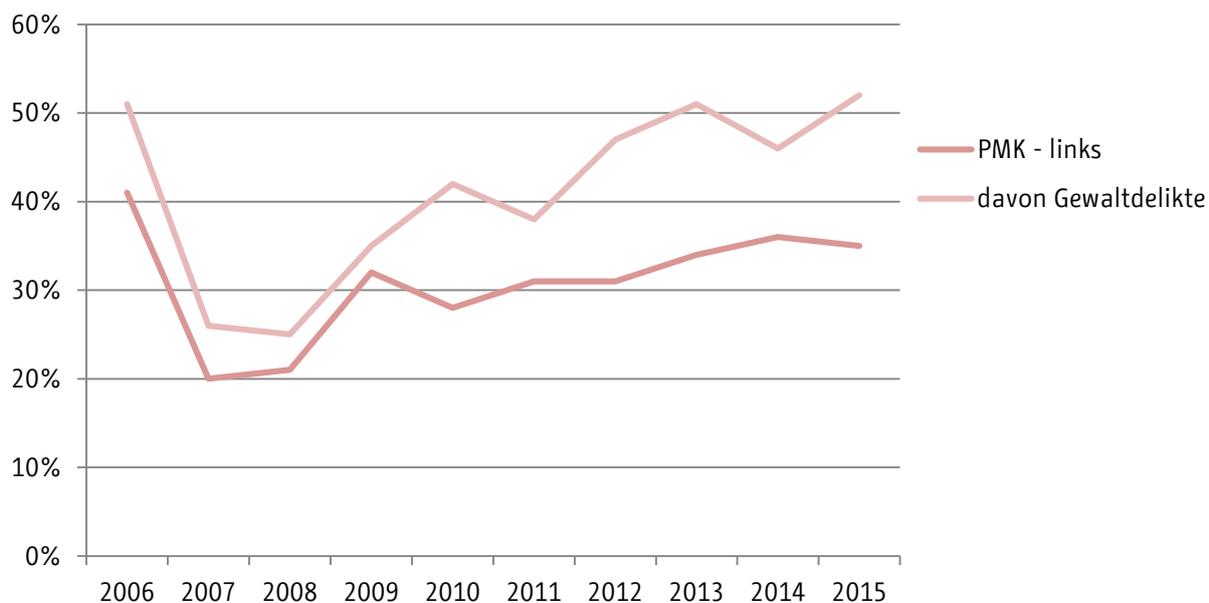
Fallaufkommen PMK - links nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

Aufgrund der annähernd bzw. exakt gleichen Zahlenwerte bei den Terrorismus- und Propagandadelikten überlagern sich die Linien.

### 9.3.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PMK - links	543	737	692	1293	820	1358	862	1045	1373	1039
↳ geklärt	220	146	148	412	233	420	266	352	491	362
Aufklärungsquote	41%	20%	21%	32%	28%	31%	31%	34%	36%	35%
↳ Gewaltdelikte	117	186	171	415	206	406	208	292	496	361
↳ geklärt	60	48	43	146	87	156	98	150	230	189
Aufklärungsquote	51%	26%	25%	35%	42%	38%	47%	51%	46%	52%

Fallaufkommen PMK - links mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

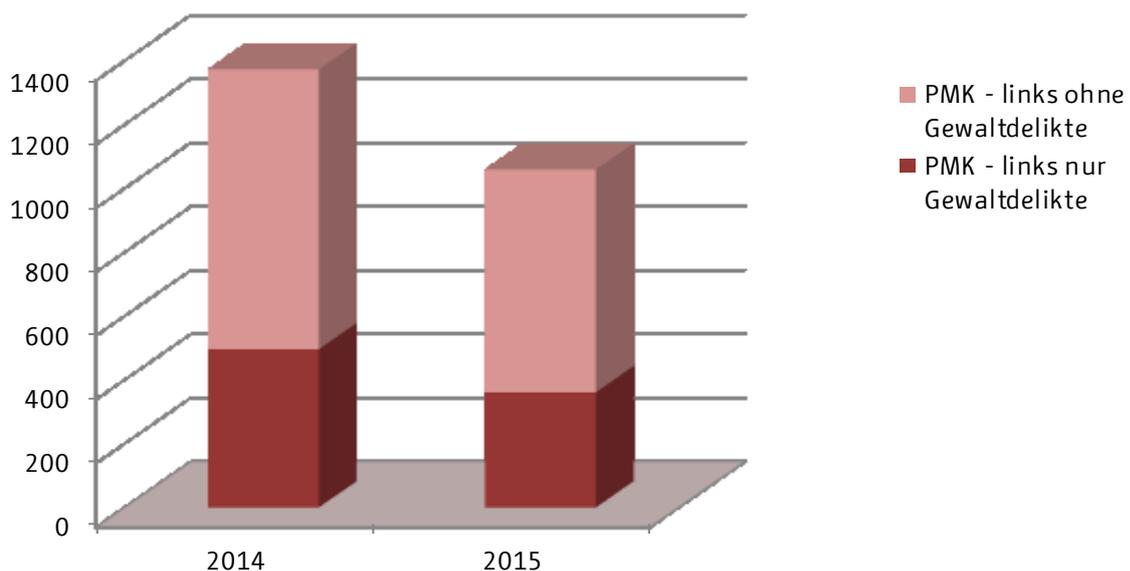


Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

### 9.3.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – links

	2014	2015	Entwicklung
PMK - links	1373	1059	-23%
↳ Ausländer-/Asylthematik	421	279	-34%
↳ gegen rechts	375	368	-2%
↳ Polizei	572	371	-35%
↳ Umstrukturierung	208	231	11%
↳ <b>Gewaltdelikte</b>	496	361	-27%
↳ Ausländer-/Asylthematik	194	122	-37%
↳ gegen rechts	131	121	-8%
↳ Polizei	374	272	-27%
↳ Umstrukturierung	42	61	45%

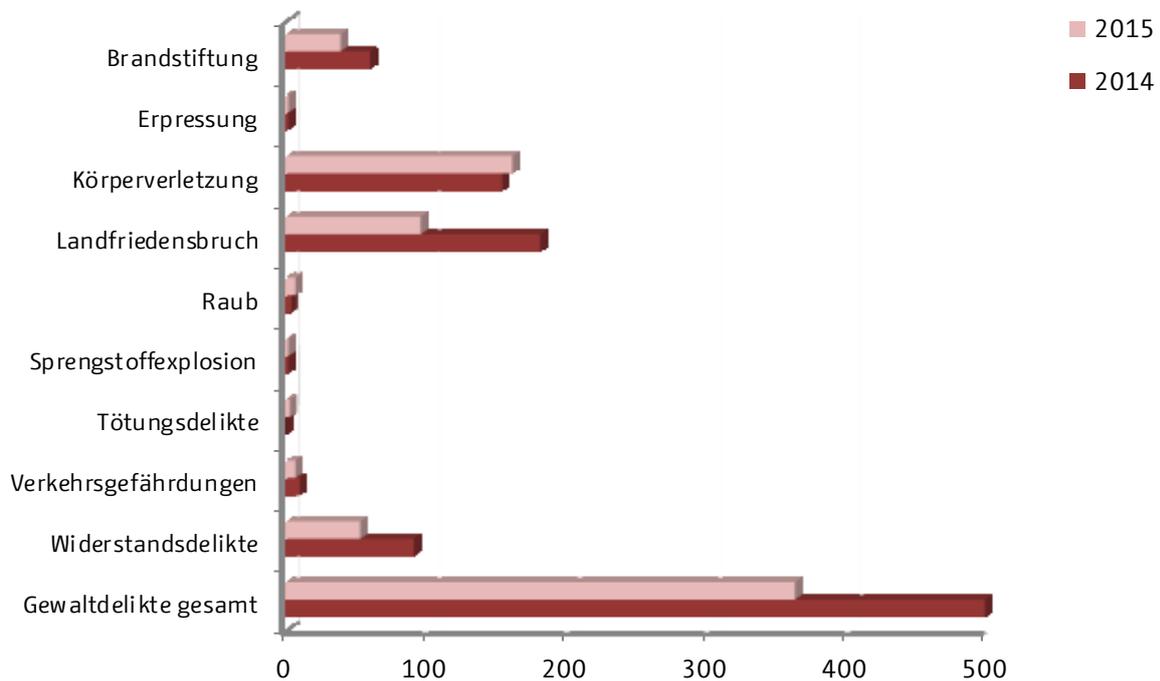
Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen der PMK - links im direkten Jahresvergleich



Darstellung des Anteils der Gewaltdelikte am Gesamtaufkommen PMK - links

### 9.3.4 Fallaufkommen PMK – links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Brandstiftung	59	38
Erpressung	1	1
Körperverletzung	153	160
Landfriedensbruch	180	95
Raub	3	6
Sprengstoffexplosion	1	1
Tötungsdelikte	0	2
Verkehrsgefährdungen	9	6
Widerstandsdelikte	90	52
<b>Gewaltdelikte gesamt</b>	<b>496</b>	<b>361</b>

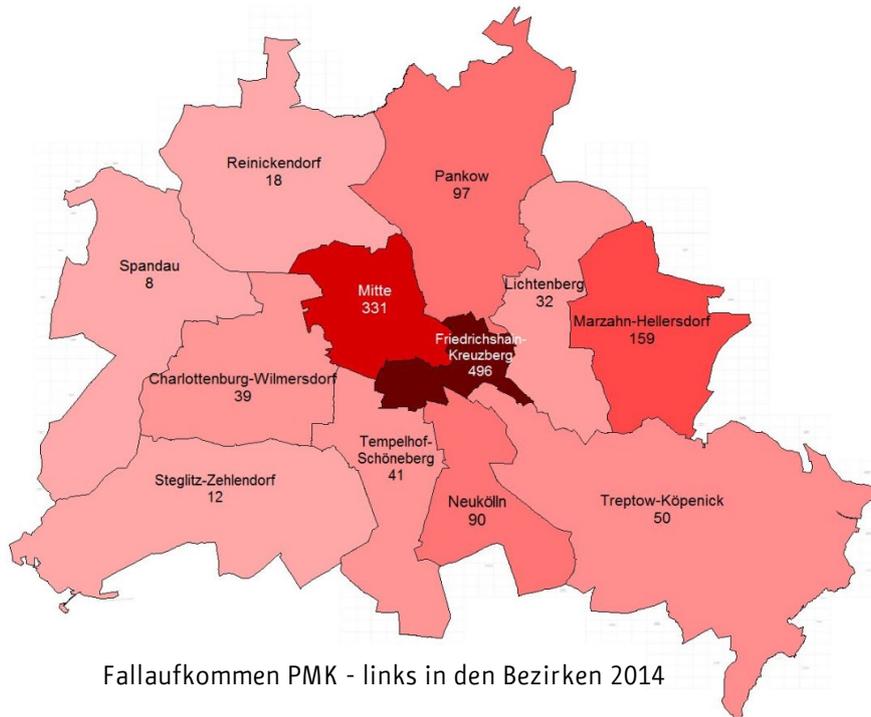


Fallaufkommen PMK - links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte im direkten Jahresvergleich

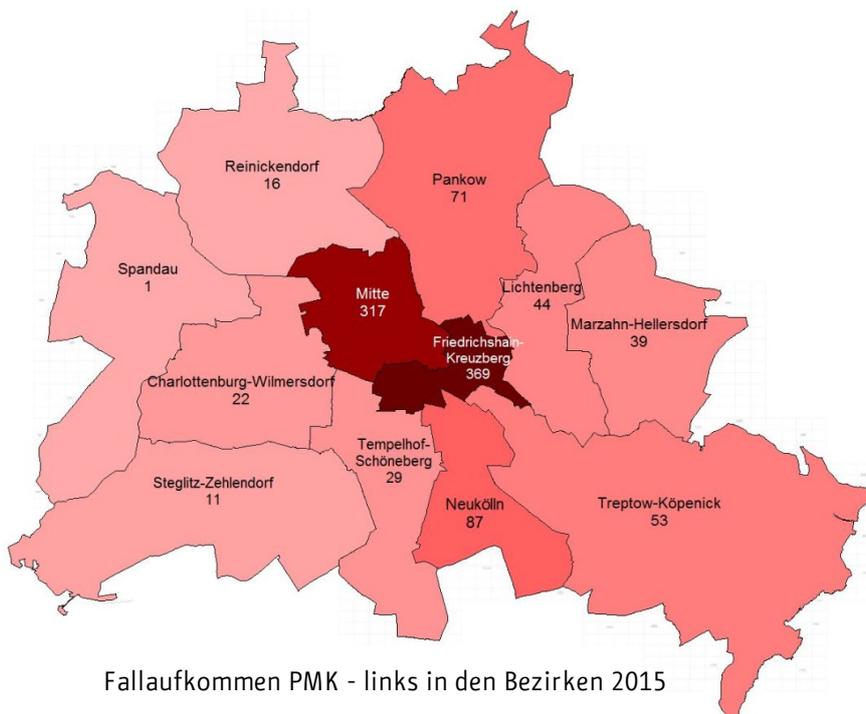
### 9.3.5 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – links in den Bezirken

	PMK - links		☞ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Charlottenburg-Wilmersdorf	39	22	9	7
Friedrichshain-Kreuzberg	496	369	220	144
Lichtenberg	32	44	8	8
Marzahn-Hellersdorf	159	39	77	12
Mitte	331	317	115	147
Neukölln	90	87	24	15
Pankow	97	71	17	15
Reinickendorf	18	16	7	3
Spandau	8	1	0	0
Steglitz-Zehlendorf	12	11	1	1
Tempelhof-Schöneberg	41	29	3	2
Treptow-Köpenick	50	53	15	7
<b>Berlin gesamt</b>	<b>1373</b>	<b>1059</b>	<b>496</b>	<b>361</b>

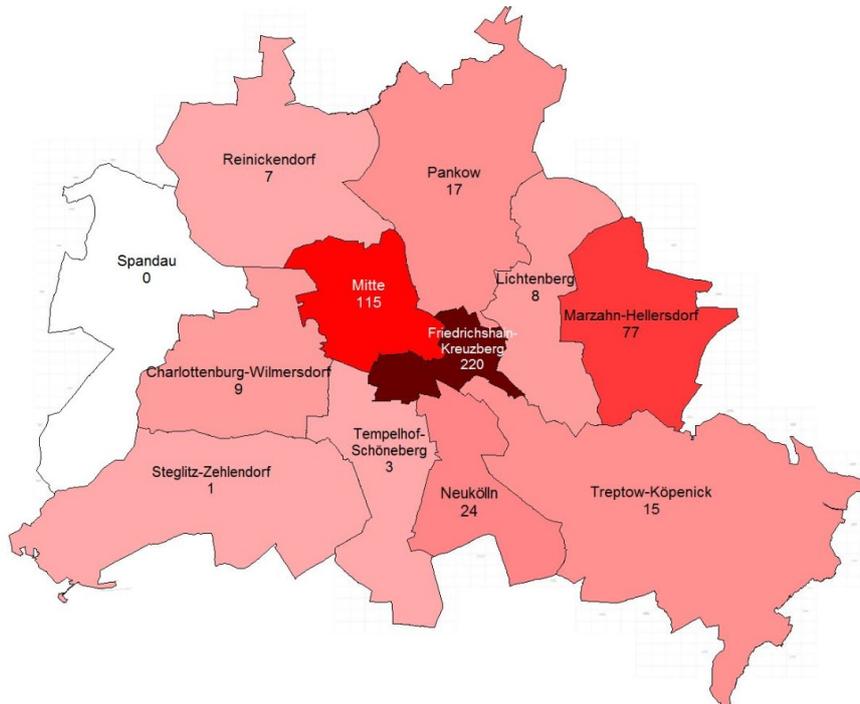
Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken nach Deliktsart im direkten Jahresvergleich



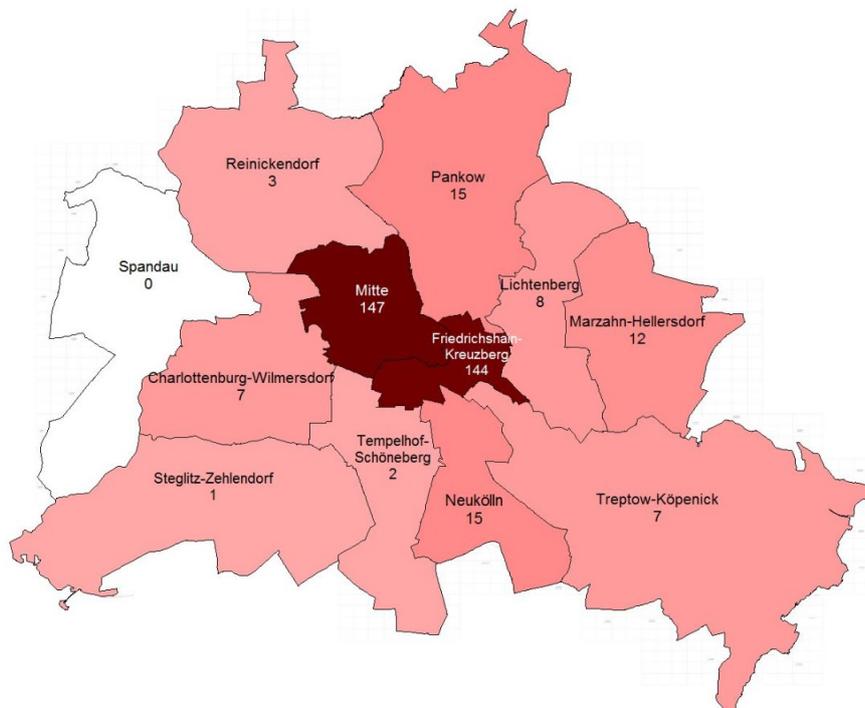
Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2014



Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken 2015



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - links in den Bezirken 2014



Fallaufkommen Gewaltdelikte PMK - links in den Bezirken 2015

### 9.3.6 Tatverdächtige PMK – links

	2014	2015
<b>PMK - links</b>	704	474
↪ männlich	564	364
↪ weiblich	140	110
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	280	231
↪ männlich	235	187
↪ weiblich	45	44

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - links nach Geschlecht  
im direkten Jahresvergleich

### 9.3.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – links

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Einzeltäter	382	270	167	126
2 Täter	24	9	6	3
3 - 5 Täter	12	14	3	4
6 - 10 Täter	10	6	3	0
über 10 Täter	58	56	50	54
unbekannt	5	6	1	1
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>491</b>	<b>361</b>	<b>230</b>	<b>188</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - links bezogen  
auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

### 9.3.8 Opfer von Gewaltdelikten PMK – links

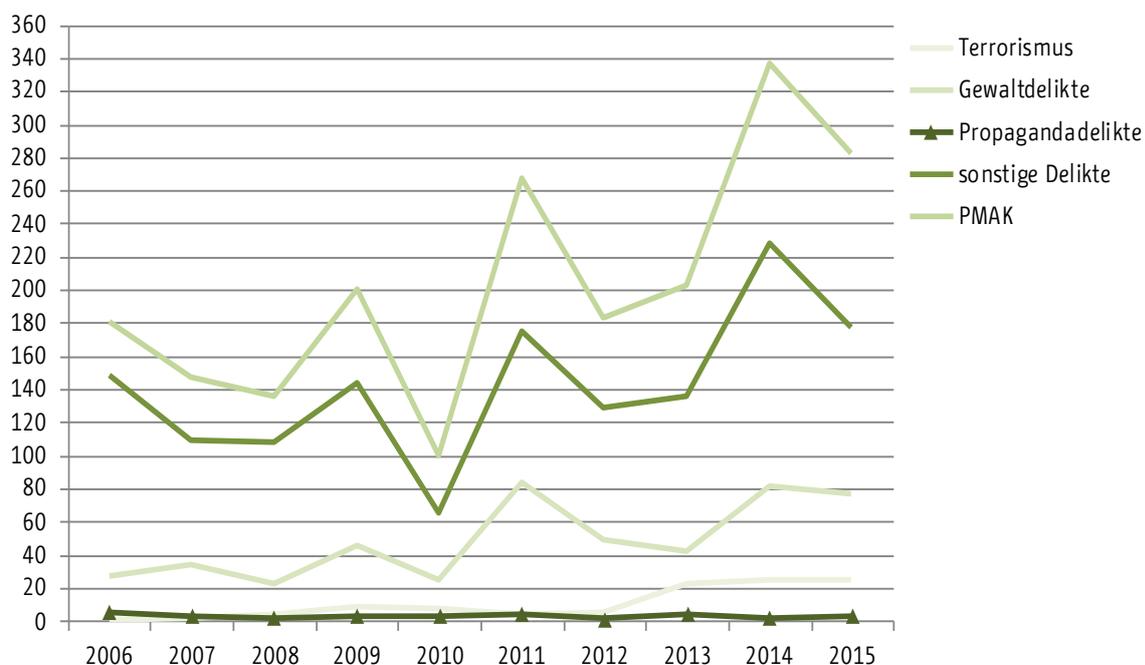
	2014	2015
männlich	41	37
weiblich	5	9
unbekannt	5	6
<b>Gesamt</b>	<b>51</b>	<b>52</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - links  
nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 9.4 Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität

### 9.4.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Terrorismus	0	1	4	8	7	4	5	22	25	25
Gewaltdelikte	27	34	22	45	25	84	49	42	81	77
Propagandadelikte	5	3	2	3	3	4	1	4	2	3
sonstige Delikte	148	109	108	144	65	175	128	135	228	177
<b>PMAK</b>	<b>180</b>	<b>147</b>	<b>136</b>	<b>200</b>	<b>100</b>	<b>267</b>	<b>183</b>	<b>203</b>	<b>336</b>	<b>282</b>

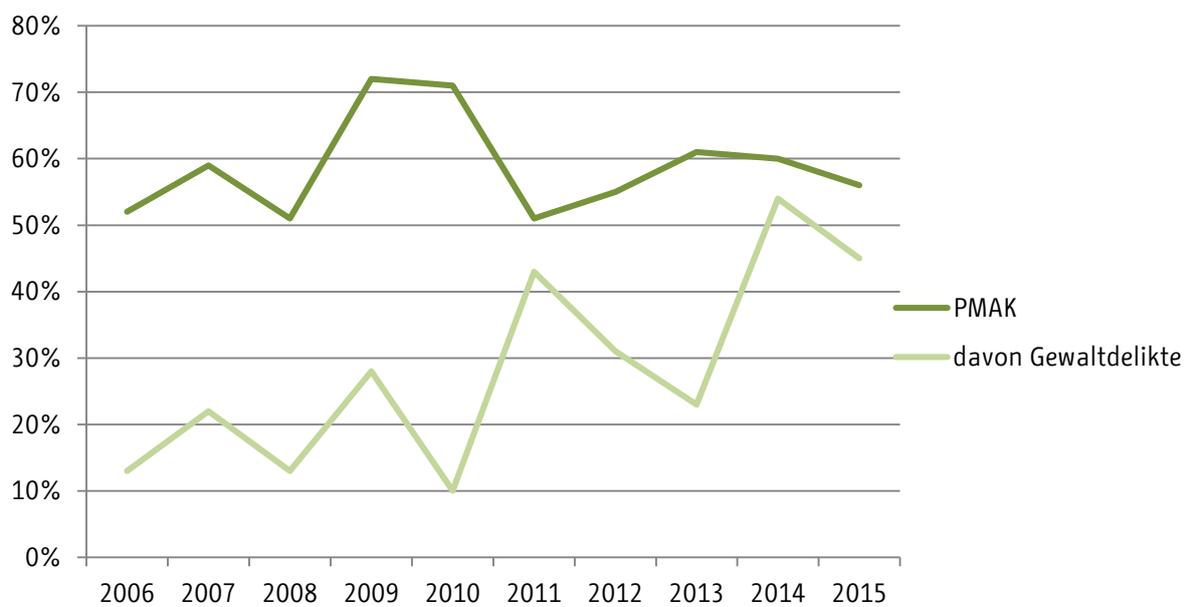


Fallaufkommen PMAK nach Deliktsarten im Langzeitvergleich

### 9.4.2 Betrachtung der Aufklärungsquoten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>PMAK</b>	180	147	136	200	100	267	183	203	336	282
↳ geklärt	93	86	69	144	71	135	100	124	201	157
Aufklärungsquote	52%	59%	51%	72%	71%	51%	55%	61%	60%	56%
<b>↳ Gewaltdelikte</b>	27	34	22	45	25	84	49	42	81	77
↳ geklärt	13	22	13	28	10	43	31	23	54	45
Aufklärungsquote	48%	65%	59%	62%	40%	51%	63%	55%	67%	58%

Fallaufkommen PMAK mit Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

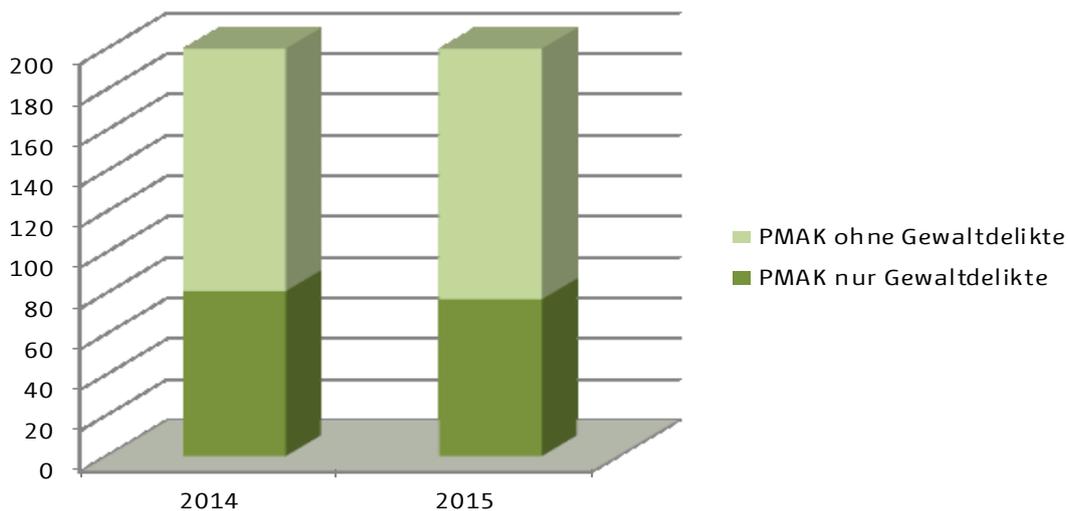


Entwicklung der Aufklärungsquote im Langzeitvergleich

### 9.4.3 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PM-Ausländerkriminalität

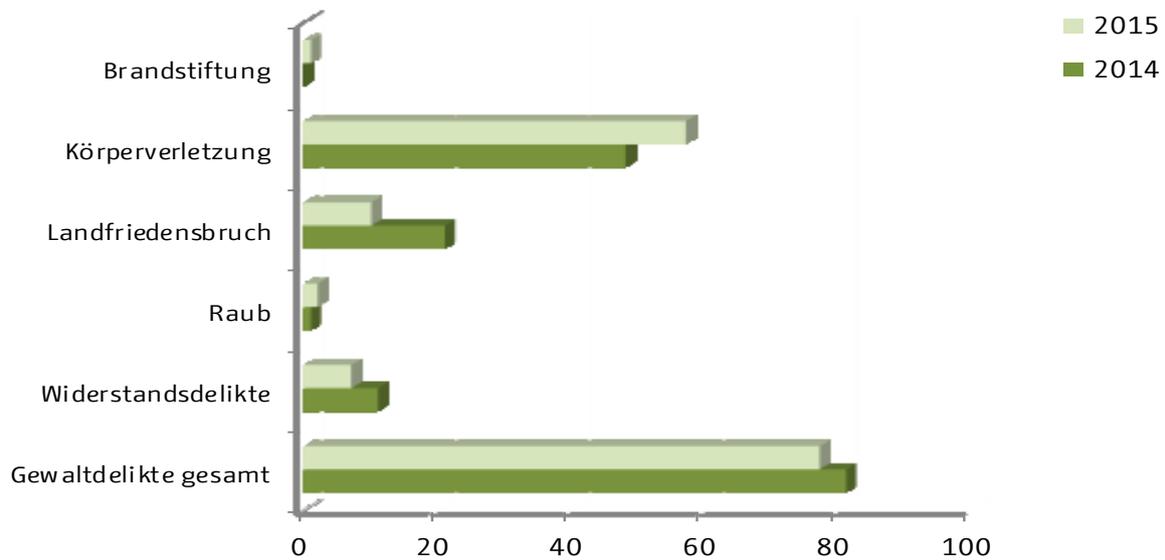
	2014	2015	Entwicklung
<b>PMAK</b>	<b>336</b>	<b>282</b>	<b>-16%</b>
↪ antisemitisch	23	24	4%
↪ Ausländer-/Asylthematik	32	6	-81%
↪ Islamismus/Fundamentalismus	67	46	-31%
↪ Israel-Palästinenser-Konflikt	100	22	-78%
↪ Krisenherde/Bürgerkriege	178	58	-67%
↪ PKK/Kurdenproblematik	74	86	16%
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	<b>81</b>	<b>77</b>	<b>-5%</b>
↪ antisemitisch	3	3	- / -
↪ Ausländer-/Asylthematik	24	1	-96%
↪ Islamismus/Fundamentalismus	4	5	- / -
↪ Israel-Palästinenser-Konflikt	23	1	-96%
↪ Krisenherde/Bürgerkriege	42	14	-67%
↪ PKK/Kurdenproblematik	14	33	136%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen der PMAK im direkten Jahresvergleich



#### 9.4.4 Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Brandstiftung	0	1
Körperverletzung	48	57
Landfriedensbruch	21	10
Raub	1	2
Widerstandsdelikte	11	7
<b>Gewaltdelikte gesamt</b>	<b>81</b>	<b>77</b>

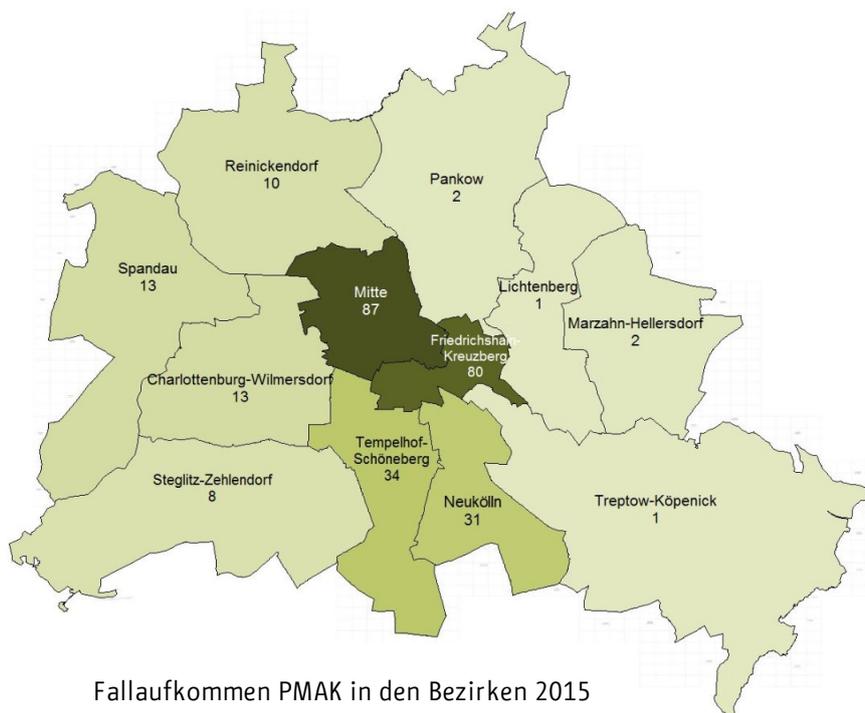
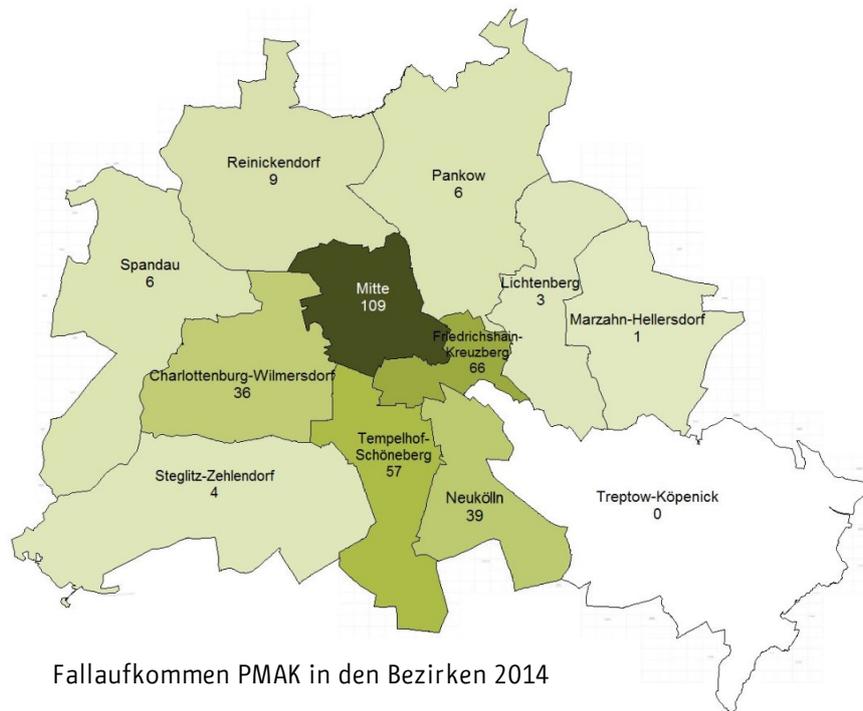


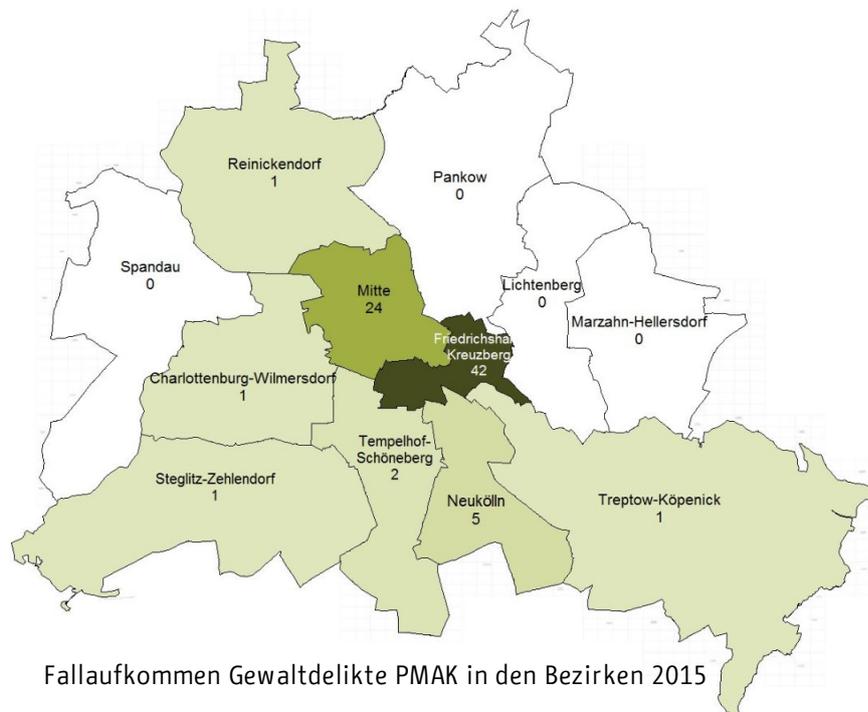
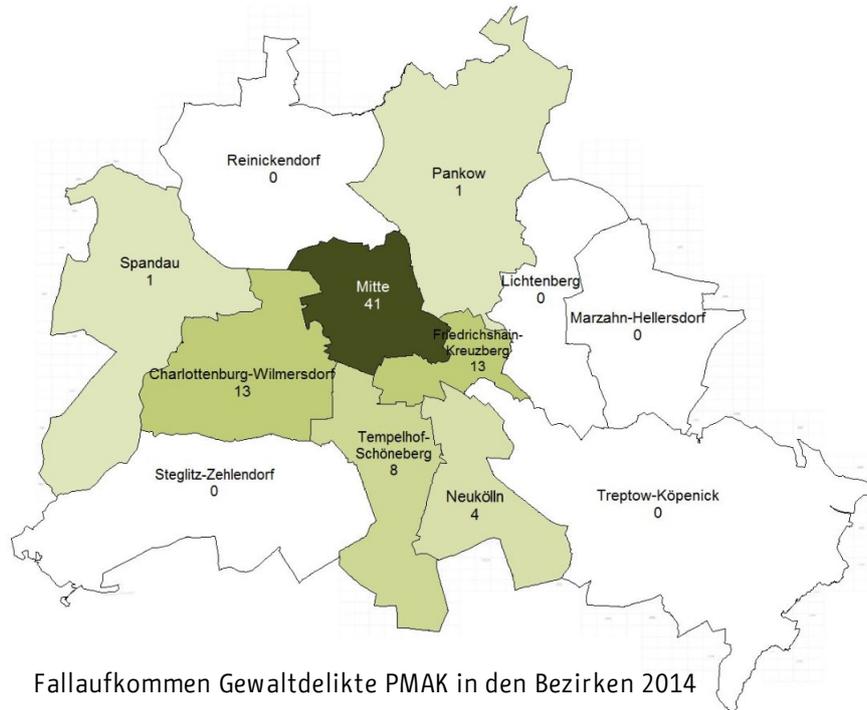
Fallaufkommen PMAK in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte im direkten Jahresvergleich

#### 9.4.5 Betrachtung des Fallaufkommens PM-Ausländerkriminalität in den Bezirken

	PMAK		☞ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Charlottenburg-Wilmersdorf	36	13	13	1
Friedrichshain-Kreuzberg	66	80	13	42
Lichtenberg	3	1	0	0
Marzahn-Hellersdorf	1	2	0	0
Mitte	109	87	41	24
Neukölln	39	31	4	5
Pankow	6	2	1	0
Reinickendorf	9	10	0	1
Spandau	6	13	1	0
Steglitz-Zehlendorf	4	8	0	1
Tempelhof-Schöneberg	57	34	8	2
Treptow-Köpenick	0	1	0	1
<b>Berlin gesamt</b>	<b>336</b>	<b>282</b>	<b>81</b>	<b>77</b>

Fallaufkommen PMAK in den Bezirken im direkten Jahresvergleich





## 9.4.6 Tatverdächtige der PM-Ausländerkriminalität

	2014	2015
PMAK	232	225
↪ männlich	195	203
↪ weiblich	37	22
↪ Gewaltdelikte	60	73
↪ männlich	52	73
↪ weiblich	8	0

Anzahl der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich

## 9.4.7 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität

	PMAK		↪ Gewaltdelikte	
	2014	2015	2014	2015
Einzeltäter	174	123	44	33
2 Täter	8	9	4	3
3 - 5 Täter	10	12	3	5
6 - 10 Täter	1	5	0	2
über 10 Täter	8	6	3	2
unbekannt	0	2	0	0
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>201</b>	<b>157</b>	<b>54</b>	<b>45</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

## 9.4.8 Opfer von Gewaltdelikten PM-Ausländerkriminalität

	2014	2015
männlich	29	56
weiblich	2	12
unbekannt	1	2
<b>Gesamt</b>	<b>32</b>	<b>70</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PM-Ausländerkriminalität nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 9.5 Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen

### 9.5.1 Entwicklung der Fallzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PMK Sonstige	392	175	156	221	185	314	179	277	437	538
↳ geklärt	115	55	56	62	66	90	67	124	219	255
Aufklärungsquote	29%	31%	36%	28%	36%	29%	37%	45%	50%	47%
↳ Gewaltdelikte	15	26	21	35	47	45	33	42	111	112
↳ geklärt	13	10	9	12	16	14	17	18	83	79
Aufklärungsquote	87%	38%	43%	34%	34%	31%	52%	43%	75%	71%
ST ohne PM*	427	343	286	183	198	197	221	237	191	236
↳ geklärt	345	219	220	158	169	170	202	214	179	210
Aufklärungsquote	81%	64%	77%	86%	85%	86%	91%	90%	94%	89%
<b>Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen</b>										
<b>Gesamt</b>	<b>819</b>	<b>518</b>	<b>442</b>	<b>404</b>	<b>383</b>	<b>511</b>	<b>400</b>	<b>514</b>	<b>628</b>	<b>774</b>
↳ geklärt	460	274	276	220	235	260	269	338	398	465
<b>Aufklärungsquote</b>	<b>56%</b>	<b>53%</b>	<b>62%</b>	<b>54%</b>	<b>61%</b>	<b>51%</b>	<b>67%</b>	<b>66%</b>	<b>63%</b>	<b>60%</b>

Fallaufkommen Sonstige/Nicht zuzuordnen im Fünfjahresvergleich

\* Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation